



Beiträge zur Geschichte der
Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt

Heft 2
2. Auflage

Historische Kommission
Des SPD-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt: Vielfältig und einzigartig

SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt
Historische Kommission
Bürgerstraße 1
39104 Magdeburg

Inhalt

Dr. Rüdiger Fikentscher Vorwort	3
Dr. Andreas Schmidt Die Wiedergründung der SPD in Halle	4
Christel und Reiner Löhr Unser Weg in die SPD. Eine persönliche Reminiszenz	6
Dr. Beatrix Herlemann Die Republikschutzorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, 1924 gegründet in Magdeburg	11
Helmut Hartmann Junkers-Bauhaus-Sozialdemokratie. Ein Kraftfeld der Moderne. Eine Buchbesprechung	28
Dr. Rüdiger Fikentscher Adolf Reichwein (1898-1944) Reformpädagoge – Sozialdemokrat – Widerstandskämpfer	33
Helmut Hartmann Woran sich Karl Elze, wohnhaft in Dessau-Ziebigk, erinnern kann. Ein Beitrag zur jüngeren Geschichte der SPD in Dessau	37

Dr. Rüdiger Fikentscher, Halle (Saale)

Vorwort

Der Schritt zur Serie ist getan: Die Historische Kommission der SPD des Landesverbandes Sachsen-Anhalt legt das zweite Heft der „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt“ vor und zwar rechtzeitig zum Landesparteitag am 29. und 30. Oktober 2004 in Aschersleben.

Unsere bisherige Arbeit hat gezeigt, dass es eine Menge interessanter Themen gibt, denen wir uns zuwenden können, denn unsere Geschichte ist nicht nur lang, sondern auch reich und vielfältig.

Jürgen Glietsch, ehemaliger Oberbürgermeister von Merseburg und bisheriger Vorsitzender der Historischen Kommission, musste aus Zeitgründen seine Arbeit dafür leider beenden. Ihm gebührt unser Dank dafür, dass er uns zum Laufen gebracht hat und die ersten Schritte maßgeblich mitgegangen ist.

Nun gilt es, weitere Schätze zu heben. Wir haben inzwischen mit mehreren Ortsvereinen zu diesem Zweck Kontakt aufgenommen und festgestellt, dass es überall interessierte Genossinnen und Genossen gibt, die sich noch gut an die Wiedergründung und Anfangsphase unserer Partei erinnern, die Papiere und wertvolle Dokumente aufbewahren und sich freuen, darüber sprechen und berichten zu können. Die Historische Kommission greift dieses Interesse auf und bittet alle darum, sich zu beteiligen, Hinweise zu geben, auch wenn sie nicht unmittelbar zu einem Artikel im „Vorwärts“ oder in einem der nächsten Hefte führen, sondern zunächst „nur“ im Archiv bewahrt werden.

Der Blick in das Inhaltsverzeichnis des nun vorliegenden Heftes zeigt, dass wir wieder eine bunte Mischung aus persönlichen Erinnerungen und wissenschaftlichen Untersuchungen bieten.

Es geht um sehr verschiedene politische Vorgänge und Personen. Entsprechend unterschiedlich ist der Umfang der Beiträge und der Stil unserer Autoren. Wir wollen damit zugleich einladen, ohne Scheu vor Reglementierungen Artikel zu schreiben und sich zu beteiligen. Die Vielfalt in jeglicher Hinsicht ist erwünscht, ist sie doch zugleich ein Abbild der Sozialdemokratie.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern Freude und Interesse beim Blick in die nun vorliegenden Schriften und bitte um weitere Anregungen, damit wir uns weiterhin unserer eigenen Geschichte bewußt werden, sie dem Vergessen entreißen und Kraft für die Tagesarbeit daraus schöpfen.

Magdeburg, im Oktober 2004

Dr. Rüdiger Fikentscher

Die Wiedegründung der SPD in Halle

Das erste größere Treffen von Sozialdemokraten in Halle nach dem Ende der Kämpfe in der Saalestadt erfolgte am 1. Mai 1945. Die Organisatoren waren vornehmlich ehemalige Funktionäre von Gewerkschaften und Partei, die in den vergangenen zwölf Jahren ihre politische Identität bewahrt und privaten Kontakt aufrechterhalten hatten. Der Sozialrechtler Dr. Otto Kunze hielt ein programmatisches Referat. Die mehr als 150 im Keller des früheren Druck- und Verlagshauses des Volksblatts Versammelten wählten einen provisorischen Vorstand mit Walter Ölschläger als Vorsitzendem. Halle war am 18. April 1945 noch nicht vollständig in der Hand der US-amerikanischen Truppen gewesen als Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam das Gebäude von Druckerei und Verlag der „Mitteldeutschen Nationalzeitung“ in der Großen Brauhausstraße beschlagnahmten, für den Schutz der Maschinen sorgten und das Haus zum provisorischen Treffpunkt von Anhängern beider Parteien erklärten. Eine Gruppe von Sozialdemokraten um Walter Ölschläger, Paul Teumel, Albert Müller, Georg Otten und Edwin Bernhard hatte sich noch während der Kämpfe getroffen. Die räumliche Gemeinsamkeit endete bereits wenige Tage später. Wie überall im amerikanischen Besatzungsgebiet genehmigte auch der Militärkommandeur in Halle die Gründung von Gewerkschaften und duldeten es, dass SPD und KPD unter dem Dach einer Gewerkschaftsorganisation jeweils ihre Anhänger sammelten, verbot aber öffentliche Aktivitäten und offizielle Gründungsakte von Parteien. Nachdem Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam die Gründung von Gewerkschaften angemeldet hatten, zogen die Kommunisten in das dem „FDGB für Halle und Umgebung“ zugesprochene frühere Haus des ADGB am Harz 42/44. Interesse an politischer Gemeinsamkeit – über die notwendige Kooperation der Kommandantur gegenüber hinaus – bestand auf beiden Seiten nicht. Die Kommunisten veranstalteten bereits am 23. April 1945 ein größeres Treffen auf dem etwa 35 Altkommunisten eine KPD-Parteileitung für Halle und Umgebung wählten und beschlossen, KPD-Mitglieder aus der Zeit vor 1933 zu kontaktieren und zu sammeln.

Mit der ebenfalls halblegal stattfindenden sozialdemokratischen Gründungsversammlung am 1. Mai reagierte der bereits über die gesamte Stadt hinweg aktive Kern der SPD-Leute offensichtlich auf die kommunistischen Aktivitäten. Bei der Konstituierung des von der Besatzungsmacht geforderten gemeinsamen Gewerkschaftsausschusses am 25. April, dürften die Sozialdemokraten von der Bildung der KPD-Bezirksleitung erfahren haben.

In vielen Städten der Provinz Sachsen konstituierte die SPD sich erst nach dem 1. Juli 1945. Die Sozialdemokraten zogen es vielfach vor, zunächst in Antifa-Ausschüssen, provisorischen Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäten und an der Spitze von Kommunalverwaltungen das tägliche Leben wieder in Gang zu bringen. Die Gründungsversammlung am 1. Mai dokumentierte insofern das sozialdemokratische Selbstbewusstsein. Die halleschen Sozialdemokraten wollten sich bei der Sammlung alter und der Werbung neuer Mitglieder und bei Wahrnehmung eigenständiger Präsenz gegenüber der kommunalen Verwaltungsspitze nicht von den Kommunisten zuvorkommen lassen. Reinhold Schönlink, ein Sohn des berühmten Arbeiterdichters Bruno Schönlink, formulierte am 1. Juni 1945 bei einem Treffen mit der kommunistischen Seite eine ganz eigenständige sozialdemokratische Antwort auf die Frage nach der Zukunft Deutschlands. Am Anfang aller Bemühungen habe die Wiedererrichtung der Demokratie und die Eliminierung nationalsozialistischen Gedankengutes, insbesondere aus den Köpfen der Arbeiter zu stehen. Ohne eine demokratische Mitte in der Gesellschaft könne es keinen Sozialismus, sondern

günstigstenfalls Staatskapitalismus geben. So sei es in der Sowjetunion, wo die Freiheit der Menschen soweit eingeschränkt sei, dass man besser von einem „Neo-Feudalismus“ rede. Deutschland aber müsse frei sein und dürfe weder Anhängsel des Ostens noch des Westens werden.

Die Quellen geben keine Auskunft darüber wie und mit w3lchem Erfolg die Sozialdemokraten die Sammlung ihrer Mitglieder bis Anfang Juli 1945 in Halle vorantrieben. Der am 1. Mai gewählte Vorstand verfügte bis zum Besatzungswechsel über keinerlei Möglichkeit, sich öffentlich zu äußern und konnte auch kein Büro als Ansprechstelle für Altmitglieder und Beitrittswillige einrichten. Spätestens mit der Möglichkeit, offizielle Mitglieder zu werben, setzte aber ein gewaltiger Zustrom in die Ortsgruppen der SPD ein. Ende 1945 zählte die SPD in Halle etwa 11.000 Mitglieder.

Unser Weg in die SPD Eine persönliche Reminiszenz

Eines ist Fakt: das Jahr 1989 war wohl eines der Höhepunkte in unserem gemeinsamen Leben. Der normale Alltag ging, wie man sagte, „seinen sozialistischen Gang“. Wir beide sind Lehrer von Beruf, der Schulalltag war sozusagen ein Stimmungsbarometer für politische und allgemeine Zustände. So wurden z. B. die obligatorischen Fahnenappelle, die montäglichen Befragungen der Schülerinnen und Schüler nach ihrer politischen Meinung mehr und mehr zur Farce. Der verordnete Optimismus, den wir den Schülern vermitteln sollten, kam nicht mehr an. Ein schleichender allmählicher Verfall der allgemeinen Lebensumstände war unübersehbar. Dazu kam eine unterschwellige Aufmüpfigkeit. Alle spürten, dass die Partei- und Staatsführung der DDR die Lage nicht mehr souverän steuern konnte.

So kamen die langersehnten Sommerferien. Wir konnten keine Urlaubsreise unternehmen, weil wir unseren Trabi verkauft hatten und wir noch mindestens ein Jahr auf der Warteliste (insgesamt 13 Jahre) für einen neuen standen. So machten wir nur kleine Ausflüge und fuhren einige Tage nach Weimar, um die Studentenbude unserer Tochter zu renovieren. Den ganzen Tag hörten wir, wie immer, den Deutschlandfunk und abends im Hotelzimmer erlebten wir am Bildschirm die ersten größeren Fluchtversuche in die Botschaften der „sozialistischen Bruderländer“. Wie elektrisiert waren wir, als wir im Radio beiläufig von der Idee der Neugründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR hörten. Auch von anderen oppositionellen Gruppen war die Rede. Bekannte Schriftsteller, wie z. B. Stefan Heym und die Malerin Bärbel Bohleys artikulierten sich freimütig und prangerten die Freiheit und die Bevormundung des Staates an.

Das war für uns das Signal, unbedingt mitmachen zu wollen. Wieder zu Hause, begannen wir nach Ansprechpartnern zu suchen und wurden bald im Magdeburger Dom „fündig“. Noch mussten wir vorsichtig agieren, konnten in der Schule kaum Gleichgesinnte finden, hatten auch Angst, dass es bald wieder zu Ende sein konnte, wie am 17. Juni 1953 und beim Prager Frühling 1968.

Wir schnupperten erst einmal beim Neuen Forum, merkten aber bald, dass dies unsere politische Heimat nicht werden konnte. Nun suchten wir gezielt nach Personen, die eine sozialdemokratische Partei gründen wollten.

Inzwischen nahte der 40ste Jahrestag der DDR, der 7. Oktober. Es war ein Sonnabend, wir fuhren in die Innenstadt, weil bekannt wurde, dass es zu „Zusammenrottungen“ einiger „Verwirrter“ kommen sollte. Die Innenstadt von Magdeburg war von Polizei, Stasileuten und Betriebskampfgruppen „belebt“. Die Obrigkeit hatte also offensichtlich Angst vor diesen „Ruhestörern“. Es war eine gespenstische Szene. Auf dem Alten Markt wurden die „Unbelehrbaren“ eingekesselt mit Hundestaffeln und allem, womit man sonst noch Angst einjagen konnte. Die meist jugendlichen Protestierer riefen „Gorbi hilf“ sangen Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und „Die Gedanken sind frei“. Der Tag endet mit „Zuführungen“ und anderen Gewalttätigkeiten gegen die „Auführer“.

Am Montag, dem 9. Oktober sollten wir in den Schulen herausfinden, wie die Stimmung unter den Schülern ist und welche Schüler dabei gewesen sein könnten. Es begannen die ersten größeren Diskussionen mit Kollegen und wir mussten beide zu

unserem Leidwesen feststellen, dass viele Lehrer nicht begriffen hatten oder begreifen wollten, was sich da anbahnt. Damit begann auf sehr unschöne Art und Weise unsere Separierung im jeweiligen Kollegium.

Nun stand aber auch fest, dass es nur noch eines gab: in die SPD, die inzwischen am 7. Oktober in Schwante unter konspirativen Bedingungen gegründet worden war, einzutreten. Im Magdeburger Dom fanden wir die Adresse von Dr. Willi Polte, an den man sich wenden konnte (er war bekanntlich dann elf Jahre lang der erste sozialdemokratische Oberbürgermeister nach der Wende).

In seiner Wohnung lernten sich die ersten Mitstreiter kennen und bekamen provisorische Mitgliedsanträge ausgehändigt. Das war ein völlig neues Lebensgefühl. Am 16.10.1989 ging Christel allein zum ersten Mal zum Montagsgebet in den Dom. Es waren mehrere Tausend Menschen versammelt, die sich gegenseitig ihre Wünsche und Hoffnungen mitteilten. Mit großer Freude und Erleichterung, aber auch Angst fuhr sie nach Hause.

Rainer nahm am 16. Oktober an der bis dahin größten und eindrucksvollsten Demonstration in Leipzig teil, die dann auch der wirklich Anfang vom Ende der DDR war. Er hatte in Leipzig eine berufliche Weiterbildung zu absolvieren.

In den folgenden Montagen wurden aus den Fürbittgottesdiensten riesige Veranstaltungen mit bis zu zehntausend Demonstranten aus der Umgebung von Magdeburg.

Die Menschen fingen an, ihre Forderungen nach Reisefreiheit, Pressefreiheit, freien Wahlen, Sturz der Regierenden zu formulieren und skandierten: „Stasi in die Produktion“, „SED ade“ usw. Die Dompastoren Waltraud Zachhuber und Gieselher Quast hatten die große und einmalige Aufgabe der Koordination und riefen zu unbedingte Einhaltung von Gewaltlosigkeit auf. Bevor wir nach dem Fürbittgottesdienst zur Demo auf die Straße gingen, legten wir eine Schweigeminute ein, in der sich alle fest vornahmen, keine Gewalt zu dulden. Die Stasi war immer noch allgegenwärtig. Diese große Stille in dem uns Schutz gebenden Dom werden wir in unserem ganzen Leben nicht vergessen.

In der Folgezeit lernten wir immer neue Mitstreiter der SDP kennen, erste Versuche der aktiven Mitgliederwerbung begannen. Konspirativ half Christel mit anderen in einer Druckerei am Rande der Stadt, mit einfachsten Mitteln und einfachster Technik tausende Flugblätter anzufertigen, die wir dann in Briefkästen steckten oder zur nächsten Montagsdemo zum Verteilen mitnahmen.

In dieser Zeit war es für uns schwer, in den Lehrerkollegien unserer Schulen Aufgeschlossenheit und Aufnahmebereitschaft für die Forderungen der Demonstranten zu finden. Auch viele Schüler haben uns nicht verstanden. Als Christel öffentlich ihre Mitgliedschaft in der SDP bekannte, kam sie in den Ruf einer „Staatsfeindin“. Einige Kollegen von Rainer zeigten von da an offen ihre Feindschaft. Dies war für uns beide eine bittere Erfahrung und wir mussten lernen, damit umzugehen. Die Stasi arbeitete zu diesem Zeitpunkt noch recht intensiv und auch unverhohlen. Es wurde auch versucht, uns über die Gewerkschaft zu disziplinieren. Überhaupt sah die SED ihren Hauptfeind in der Sozialdemokratie. Wir waren ihr schlechtes Gewissen in Bezug auf die Zwangsvereinigung von KPD und SPD 1946.

Inzwischen liefen die Vorbereitungen zur offiziellen Gründung der SDP in Magdeburg. Sie fand dann am 18.11.1989 im Gemeindesaal der Altstadt-Gemeine in der Neustädter Straße in Magdeburg statt. Wir waren 108 Gründungsmitglieder und unterzeichneten an diesem Abend die Urkunde, wählten einen Vorstand, gaben uns eine Geschäftsordnung verabschiedeten ein erstes Arbeitsblatt und legten strategische Ziele fest.

Am 19.12.1989 kam Willy Brandt nach Magdeburg auf den Domplatz. Eine unübersehbare Menschenmenge begrüßte und bejubelte ihn. Seine Worte „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört, beendeten die letzten Zweifel an der Unumstößlichkeit der Tatsache, dass die DDR untergehen wird. Nur wie sie untergehen würde, war wohl allen zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar. Wenn es kurz nach diesem denkwürdigen Tag Wahlen gegeben hätte, wäre die SDP haushoher Favorit gewesen. In den ersten Dezembertagen gab es politische Aktivitäten in vielen Bereichen. Es wurden Ortsvereine gegründet, die Versammlungen fanden vorerst in Wohnungen statt, einige bei der Familie Pasemann in der Braunschweiger Str. 104 und einige bei uns im Hause am Ambrosiusplatz. Wir hatten uns zum Ziel gesetzt, uns um die notwendige kulturelle und bildungspolitische Neuorientierung zu kümmern, und luden interessierte Mitglieder und Nichtmitglieder zu uns in die Wohnung ein. Es gab auch schon erste Kontakte zu westdeutschen Sozialdemokraten. Diese Zusammenkünfte dienten der Annäherung und führten hauptsächlich zu einem vielschichtigen Gedankenaustausch. Und die Stasi saß zu diesem Zeitpunkt auch immer mit am Tisch“

In der folgenden Zeit nahmen wir aktiv an den „Runden Tischen“ der Stadt Magdeburg und des Bezirkes teil. Hier fanden sich alle möglichen gesellschaftlichen Gruppen, Parteien, die Gewerkschaft, beide Kirchen und noch amtierende Schulräte, Verwaltungsangestellte, Schulleiter usw. zusammen. Für alle waren diese wöchentlichen Zusammenkünfte eine Schule der Demokratie, des gegenseitigen Misstrauens und der Machtauslotung. Die Kader der SED versuchten, das Heft wieder in die Hand zu bekommen. Sie taktierten; der Stadtschulrat verteilte (im Auftrag?) Posten im Schuldienst an ehemalige Stasileute. Hier zeigte es sich, wie wichtig es war, dass die beiden Kirchen die Versammlungen leiteten und moderierten und die Forderungen in die gewünschte Richtung lenkten.

In den ersten Monaten des Jahres 1990, als klar war, dass die Demokratie gewonnen hatte, aber es noch keine neuen politischen Strukturen gab und der Einigungsvertrag noch in Arbeit war, musste vor Ort gehandelt werden.

Arbeitsschwerpunkte waren die strukturelle Umgestaltung der Bildungseinrichtungen, die Ablösung und Neueinstellung der Schulleiter, die Überprüfung der politischen Vergangenheit des Lehrpersonals, der Lehrpläne usw. Es galt, die polytechnische Oberschule (10 Schuljahre) und die zweijährige Abiturstufe dem westdeutschen Schulsystem anzupassen. Die Schulformen Gymnasium, Realschule und Grundschule wurden gegründet. Viele glaubten, dass das gegliederte Schulsystem folgerichtig sei. So wurden hier u. E. die ersten Fehler aus Unkenntnis gemacht. Damit wurde die langjährige gemeinsame Schulzeit beendet.

Zur gleichen Zeit stand die Wahl der letzten Volkskammer am 18.3.1990 an. Die Volkskammer musste gewählt werden, um die DDR rechtsstaatlich abwickeln zu können. Uns stand nun der erste richtige Wahlkampf bevor. Es war eine aufregende und zeitraubende Veranstaltung. Die SPD, die es nun auch bei uns gab, musste mit ungleichen Konkurrenten kämpfen. Die PDS, die Block- CDU und Block-FDP konnten auf

langjährige gewachsene Strukturen zurückgreifen, sie besaßen geeignete Räume und eine angemessene Ausstattung. Auch die Zeitungen aller drei Parteien gab es noch. Wir hatten sehr bescheidene Möglichkeiten, die Hilfen aus Braunschweig und Wolfsburg waren gerade erst angelaufen.

Als Provisorien wurden von Rainer u.a. Linolschnitte und selbstgeschnittene Gummistempel für plakative Zwecke hergestellt.

Es machte sich aber auch ein Stimmungsumschwung bemerkbar. Helmut Kohl hielt auf dem Magdeburger Domplatz eine seiner typischen Reden, gespickt mit Patriotismus und „Deutschland, einig Vaterland“, und vor allem versprach er den Menschen die berühmten „blühenden Landschaften“, in wenigen Jahren würde alles ganz toll sein. Die Menschen wollten die Einheit aber so schnell wie möglich und entschieden sich für die Banane und die DM. Gravierend war für uns diese Erkenntnis am 12.03.1990 als Oskar Lafontaine auf dem Domplatz zu uns sprach. Obwohl er damals die Wahrheit sagte, dass es sehr lange dauern würde, bis wir im Westen angekommen seien, verließen während seiner Rede Zuhörer scharenweise den Ort. Uns wurde schmerzlich bewusst, dass wir die Wahl verlieren würden. Die Menschen waren eben doch allzu menschlich und wollten erst einmal das Naheliegende. Unsere Kandidaten waren Dr. Reinhard Höppner, Susanne Seils und Markus Meckel, und sie wurden auch in diese Volkskammer gewählt. Markus Meckel wurde der letzte Außenminister der DDR und Reinhard Höppner wurde Vizepräsident der Volkskammer. In vielen langen und schwierigen Debatten leitete er besonnen mit großer Sachkenntnis die Sitzung der letzten Volkskammer der DDR.

Am 6.5.1990 hatten wir die ersten Kommunalwahlen zu bestreiten. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte 150 Mitglieder. Die SPD erreichte 50 Mandate und wir waren dabei. Die CDU gewann 49 Sitze. So wurde uns das Glück und die Ehre zuteil, aus unserer Mitte einen Sozialdemokraten, Willi Polte, zum Oberbürgermeister zu wählen. Paritätisch durften SPD und CDU die anderen hauptamtlichen Stadträte bestimmen, die dann auch in geheimer Wahl die Ämter besetzten. Rainer wurde zum Kulturstadtrat gewählt. Er war nur noch acht Wochen Lehrer und gleichzeitig Mitglied der ersten demokratisch gewählten Stadtregierung. Nach kurzer Zeit stellte sich heraus, dass wir eine unübliche Stadtregierung gewählt hatten, denn neben den hauptamtlichen von der SPD und der CDU bestellten Stadträten, quasi als „Minister“ hatten wir auch jeweils einen hauptamtlichen Dezernenten gewählt, quasi als „Staatssekretär“, also eine Doppelspitze. Diese untragbare Konstellation wurde allerdings bereits nach einem Jahr aufgelöst. Rainer wollte nicht hauptamtlich bleiben, auch weil er keine Verwaltungserfahrung hatte. Er ging gern wieder in den Schuldienst zurück, aber an das neu gegründete Ökumenische Domgymnasium Magdeburg (Schule in freier Trägerschaft). Er ist aber bis zum heutigen Tag ehrenamtlicher Stadtrat und kümmert sich hauptsächlich um Schulen, Kultur und Sport.

Christel wurde nach der Wende arbeitslos, weil ihre pädagogische Ausbildung nicht den neuen Bestimmungen entsprach. Dies war eine herbe Enttäuschung, wollte sie doch an der demokratischen Umgestaltung der Schule aktiv mitwirken. Sie blieben ihr ABM und sehr viel Zeit für die ehrenamtliche Arbeit in der Partei. Für 8 Jahre war sie hauptamtliche Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten.

Am 14.10.1990 waren die ersten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und sie gingen für uns verloren. Die CDU gewann mit 39 %, die SPD kam auf 26 %, (FDP 13 %, PDS 12%, Bündnis 90/ Die Grünen 5 %). Wir erlebten in den ersten vier Jahren 3 Ministerpräsidenten und hatten wenig mitzureden. Aber auch hier konnte Reinhard

Höppner beweisen, dass er etwas von der Erarbeitung einer demokratischen und rechtsstaatlichen Landesverfassung versteht, denn an ihr hat er in erheblichem Maße mitgewirkt.

In den 8 Regierungsjahren der SPD in Sachsen-Anhalt von 1994-2002 ist das Land nach unserer und nach der Auffassung vieler Menschen zu einer festen Größe innerhalb Deutschland geworden. Sozialdemokratische Grundauffassungen haben Fuß gefasst. Leider konnten wir diesen Weg so nicht fortsetzen, Gründe gibt es viele, der Hauptgrund war unsere Zerstrittenheit.

Inzwischen haben wir unsere Partei mit allen Höhen und Tiefen kenn gelernt, haben erfahren, dass es wichtig ist, sich ständig einzumischen und um den richtigen Weg zu streiten. Zu keiner Zeit aber mussten wir bereuen, Mitglied unserer Partei zu sein, auch wenn sie manchmal Schmerzen bereitet.

Noch viel ließe sich über die einzelnen Etappen berichten, aber wir hoffen, allen Lesern einen kleinen Einblick in unsere Entwicklung gegeben zu haben.

Dr. Beatrixe Herlemann, Hannover

Die Republikschutzorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ 1924 gegründet in Magdeburg

Die aus Kriegsniederlage und revolutionärer Erhebung hervorgegangene Weimarer Republik war vom ersten Tag ihres Bestehens an bedroht. Monarchistische und völkisch-nationalistische Kräfte bekämpften den neuen Staat mit Putschversuchen und politischem Mord. Führende Kräfte der sozialistischen Linken wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Kurt Eisner und Leo Jogiches gehörten zu den ersten Opfern wie auch Hugo Haase von der USPD und Heinrich Dorrenbach, der Führer der Volksmarinedivision. 1921 wurde der bayrische Landtagsabgeordnete der USPD Karl Gareis erschossen. Erhard Auer, der Vorsitzende der bayrischen SPD, überlebte ein Attentat nur knapp, ebenso der erste Reichskanzler der Republik Philipp Scheidemann. Der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger musste, als „Vaterlandsverräter“ diffamiert, sein Leben lassen, weil er für die Annahme des Versailler Vertrages eingetreten war und als Finanzminister eine Besteuerung der Besitzenden durchgesetzt hatte. 1922 wurde Außenminister Rathenau ein Opfer wüster völkisch-nationaler Hetze („Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau“).

Im März 1920 holten reaktionäre Militärs mit dem Kapp-Putsch zu ihrem ersten großen Schlag aus. Nur der Generalstreik der Arbeiterschaft rettete die junge Republik. Anschließend Massenerschießungen, wähen die Putschisten auf milde, republikfeindliche Richter trafen. Ihr Hoch- und Landesverrat wurde bald amnestiert.

Kommunistische Aufstandsversuche in Mitteldeutschland im März 1921 und in Hamburg im Oktober 1923 zielten ebenso auf eine Beseitigung der parlamentarischen Demokratie wie Diktaturpläne der Reichswehr, Separatistenbestrebungen im Rheinland, Sonderwege des Freistaates Bayern und schließlich die rechten Putschversuche des Majors Buchdrucker in Küstrin am 1. Oktober und des Gefreiten Hitler in München am 8./9. November im Krisenjahr 1923.

Natürlich sahen die organisierte Arbeiterschaft wie auch die allerdings zahlenmäßig geringen Teile eines demokratisch gesonnen Bürgertums den Angriffen auf die revolutionären Errungenschaften nicht tatenlos zu. Zahlreich regionale Schutzformationen wie die „Vereinigung Republik“ in Schleswig-Holstein und in Hamburg, der „Sozialdemokratische Ordnungsdienst“ in Hessen-Kassel, die „Republikanischen Frontkämpferbünde“ Ostpreußens, die Organisation „Schwabenland“ in Württemberg u. a. m. entstanden zur Abwehr der restaurativen Bestrebungen.

In Magdeburg, wo bereits am 25. November 1918 der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten gegründet worden war, den Worten seinen Führers Franz Seldte zufolge gegen die „Schweineerei der Revolution“ gerichtet, waren die Sozialdemokraten ebenfalls nicht gewillt, die Republik ungeschützt ihren Feinden zu überlassen. In dieser preußischen Garnisonsstadt hatte es die Sozialdemokratie einst besonders schwer gehabt, sich zu etablieren. Das sehr späte Gründungsdatum erst im Jahr 1900 zeugt von vorangegangenen Verfolgungen und Verboten. Die von Repression geprägten Anfangsjahre formten einen zäh und beharrlich auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft hinarbeitenden Funktionärsstamm und eine Mitgliedschaft, die geschlossener als anderswo dem reformistischen Parteivorstand anhing. Überlegungen zur Gründung eines wehrhaften Schutzbundes kamen hier im

Frühjahr 1921 auf. Karl Höltermann, erst 1920 von Nürnberg nach Magdeburg in die Redaktion der „Volksstimme“ gekommen, beschrieb die Anfänge: „Es wurden viele Vorschläge gemacht und wieder verworfen. Allzu kühn erschien das Unterfangen, eine eigene Machtorganisation der Arbeiterschaft zu bilden und diese dort einzusetzen, wo die schwankende Staatsgewalt versagte oder zu versagen drohte“. Nach einem Beschluss des Ortsvereins Magdeburg im Jahr 1922 wurde die Organisation nach Wohnvierteln und Betrieben aufgebaut, zunächst unter dem Namen eines neuen Sportvereins. Am 19. April 1923 traten auf dem Domplatz erstmals 1500 Mann mit schwarz-rot-goldenen Armbinden an. Der Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing, stellte den neuen Verband „Republikanische Notwehr“ vor, der in den drei Regierungsbezirken der Provinz, Magdeburg, Merseburg und Erfurt schnell eine Stärke von 25.000 Mann erreichte.

Im Spätsommer 1923 wurde, laut Höltermann, Magdeburg vom Parteivorstand als zentrale Nachrichtenstelle bestimmt. Doch erst die Umsturzversuche im Herbst 1923 bewogen die SPD-Führung, seit 1919 in der Regierungsverantwortung, ihre pazifistischen Neigungen und parteipolitischen Neutralitätsbedenken – das Gewaltmonopol kommt nur dem Staate zu – zurückzustellen und die Gründung eines zentralen Republikenschutzverbandes, wenn auch mit gemischten Gefühlen, zu begleiten. Die Initiative zur Zusammenfassung der bereits bestehenden republikanischen Schutzbünde zu einem machtvollen Wehrverband ging von der Magdeburger Sozialdemokratie aus. Wie sich ihr langjähriger Bezirksvorsitzender Gustav Ferl später erinnerte, handelte es sich bei den konzeptionellen und organisatorischen Vorbereitungen um eine „Kollektivarbeit“ des Oberpräsidenten Hörsing, des politischen Redakteurs Höltermann, des Rechtsanwaltes und späteren Magdeburger Polizeipräsidenten Baerensprung und ihm selbst.

Das Gründungsjahr

Nach dem Willen der am 22. Februar 1924 in Magdeburg zusammengekommenen Gründerväter sollte die angestrebte Republikenschutzorganisation einen überparteilichen Charakter tragen, gestützt auf die Parteien der Weimarer Koalition: die SPD, die 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei (DDP) und das Zentrum (Partei des politischen Katholizismus). Als Mitunterzeichner der Gründungsurkunde finden sich deshalb neben sechs in Magdeburg wohnenden Sozialdemokraten der der DDP angehörende Regierungspräsident Pohlmann und der Zentrumsmann Krull, Verbandssekretär der christlichen Gewerkschaften. Karl Höltermann, der 2. Bundesvorsitzende des Reichsbanners, führte dazu später aus: „Es gab für uns nur einen Weg zur Rettung der Republik: uns mit den linken Teilen der Demokratischen Partei und des Zentrums zu gemeinsamen Vorgehen zu vereinen. Für die Sozialdemokratische Partei wäre es wegen der Staatsgewalt unmöglich gewesen, eine rein parteipolitische militärische Organisation zum Schutz der Republik und der Arbeiterschaft gegen den Faschismus aufzustellen.“

Die Urkunde wurde am 22. Februar 1924, dem Geburtstag August Bebel's, von dem der SPD nahestehenden Rechtsanwalt Dr. Emil Hammerschlag ausgestellt und notariell beglaubigt. Die Magdeburger Tageszeitung der SPD, die „Volksstimme“ brachte am 1. März zunächst nur eine kurze Notiz auf Seite 3 unter der Überschrift „Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“. Da die bisherige lose Organisationsform der Republikanischen Notwehren nicht genüge, sei die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer beschlossen worden,

das nunmehr 500.000 Mann in einer Reichsorganisation vereinige. Der angekündigte Aufruf mit Darlegung der Ziele erschien am 8. März auf der Titelseite.

Betont staatstragend richtete sich der Gründungsapell an „Kriegsteilnehmer, Republikaner!“, geißelte all die Kräfte, die immer wieder die Brandfackel des Bürgerkrieges gegen des republikanische Staatsgebäude schleuderten, die Baumeister mit Mord bedrohten oder ermordeten, in wüster Demagogie schamlosen Missbrauch mit den Begriffen „Vaterland“ und „Nation“ trieben und ihre eigene Schuld und heimlichen Ziele hinter schmachvoller Judenhetze versteckten. Gegen diese inneren wie gegen die äußeren Feinde die deutsche Republik zu schützen, sehe das neugegründete Reichsbanner als seine alleinige Aufgabe an. In der Erkenntnis, dass die Republik nur durch Republikaner zu Macht und Ansehen gebracht werden könne, verlangte der Bund die Besetzung aller wichtigen Ämter insbesondere in Verwaltung, Schule, Justiz, Polizei und Reichswehr mit Republikanern. Die 15 Bundesvorstandsmitglieder unterzeichneten mit Funktion und zum Teil auch mit ihrem militärischen Rang.

Mit dem Namenszusatz „Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“ wurde all jenen Soldaten des Weltkrieges eine Heimstatt geboten, die – im Gegensatz zu den rechten Wehrbünden, allen voran der Stahlhelm – auf dem Boden der Weimarer Republik standen. In der stark von den Kriegserfahrungen und dem Trauma der Niederlage geprägten Nachkriegsgesellschaft hatte eine republikanische Vereinigung, die den Einsatz der Frontsoldaten würdigte, einen besonderen Stellenwert. So waren denn auch zwei Drittel der Bundesvorstandsmitglieder Kriegsteilnehmer und zum Teil schwer verwundet, die meisten von ihnen in besoldeten Funktionen der SPD und der Gewerkschaften, in Diensten der Stadt und des Regierungsbezirks Magdeburg. Zum Vorsitzenden wurde der Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing, bestimmt, zu seinem Stellvertreter der Chefredakteur der Magdeburger „Volksstimme“ Karl Höltermann, beide keine Magdeburger, doch von 1920 bis 1933 hier ansässig.

Zunächst mussten die Geschäfte des Bundesvorstandes in verschiedenen Behelfsräumen erledigt werden. Erst 1928 konnte das Haus Regierungsstraße 1 im Herzen der Stadt zwischen Dom und dem Kloster Unser Lieben Frauen angekauft werden. Der Bundesvorstand des Reichsbanners teilte sich die Räume mit den Bezirksvorständen der SPD und SAJ, mit der Arbeiterwohlfahrt und einigen weiteren Vertretungen von Arbeiterorganisationen. Die Redaktion der erstmals am 15. April 1924 erschienenen Zeitung „Das Reichsbanner“ hatte ihr Domizil im Verlagshaus der „Volksstimme“ mit ihrer überaus modernen und leistungsstarken Druckerei in der Großen Münzstraße 3 im engen Gewirr der Altstadtgassen gelegen.

Den ersten großen Aufmarsch des Reichsbanners erlebten die Magdeburger zur Verfassungsfeier im August 1924. Zum fünfjährigen Bestehen der Verfassung versammelten sich 30.000 aus der ganzen Region auf dem Domplatz und leisteten einen Treueschwur auf die Republik. An der Spitze des anschließenden Umzugs wehten 50 Fahnen, darunter drei Achtundvierziger, denn das Reichsbanner verstand sich als Erbe der Revolution von 1848, freiheitlich, demokratisch und national. Es propagierte die schwarz-rot-goldene Reichsfahne der jungen Republik gegen das von der Rechten favorisierte Schwarz-Weiß-Rot des Kaiserreiches. Seine Bundeshymne wurde Ferdinand Freiligraths Fahnenlied „In Kümmernis und Dunkelheit...“.

Eine bedeutende Steigerung erfuhr die öffentliche Selbstdarstellung der Organisation an ihrem ersten Jahrestag. Die Magdeburger Ortsgruppe zählte jetzt allein 12.000 in 16

Kameradschaften gegliederte Mitglieder. Zu den Feierlichkeiten am 22. Februar waren aus allen Regionen des Deutschen Reiches Abordnungen der jungen Organisation angereist. Aus Österreich kam eine starke Delegation des bereits 1918 gegründeten „Republikanischen Schutzbundes“ mit seinem Vorsitzenden Julius Deutsch.

Nach den offiziellen Begrüßungsfeiern in den großen Versammlungssälen der Stadt marschierten aus sechs Zugangsstraßen die Reichsbannerzüge zwei Stunden lang auf dem Domplatz, begleitet von rund hundert Musikkapellen und 2.000 Fahnen. Die 45 über die ganze Stadt verteilten Redner von Rang, darunter der Reichstagspräsident, drei Reichskanzler a. D., amtierende und gewesene Ministerpräsidenten, Minister und Oberbürgermeister, Gewerkschaftsführer und Chefredakteure, thematisierten den Leitgedanken des Reichsbanners: „Das Volk ist die Republik“. Krönender Abschluss war der Aufmarsch auf dem Domplatz. Über drei Stunden lang zogen die Reichsbannermassen am Bundesvorstand und Reichsausschuss vorbei. Die Volksstimme sprach von 130.000 Teilnehmern.

Pressevertreter aus den deutschen Großstädten, aus dem europäischen Ausland und aus den USA berichteten von der republikanischen Kerntruppe, die auf dem Domplatz aufmarschiert war und von der republikanischen Stadt Magdeburg, die deutlich gemacht hatte, dass sie in ihrer großen Mehrheit zur jungen Republik steht.

Die Jahre beispiellosen Erstarkens und republikanischen Werbens

Zur Verblüffung des rechten Lagers zählt das Reichsbanner bereits ein Jahr nach der Gründung rund drei Millionen Mitglieder. Damit war die Republikschutzorganisation binnen kurzem die weitaus größte unter den paramilitärischen Verbänden. Der Stahlhelm zählte rund 400.000 Mitglieder, der Rote Frontkämpferbund rund 100.000 Mitglieder.

Eine in den nächsten Jahren angestrebte starke Präsenz in der Öffentlichkeit diente nur dem einen Zweck, „Flagge zu zeigen“, den republikanischen Gedanken in die Massen zu tragen und dort zu verankern. Eindrucksvolle Aufmärsche zu den alljährlichen Verfassungsfeiern am 11. August, zu eigens veranstalteten Republikanischen Tagen, Massendemonstrationen gegen rechte Provokationen, die Mobilmachung gegen die Fristenabfindung 1926, Totengedenkfeiern für die Gefallenen und Sportfeste wie die Veranstaltungen in eigener Sache mit den alljährlichen Gründungsfeiern im Februar, mit Gautagen, Kreisfesten und Bannerweihen zielten stets nach Inhalt und Gestaltung auf die Schaffung eines republikanischen Bewusstseins. Die zahlreichen Einweihungen von Ebert-, Erzberger- und Rathenau-Denkmalern wie eine Traditionspflege, die neben der Revolution von 1948 auch sämtliche Freiheitskämpfe der deutschen Geschichte und deren Repräsentanten einbezog, war ebenfalls auf dieses Ziel gerichtet.

Gegen das Schlagwort von der „Republik ohne Republikaner“ und gegen die Parole einer enttäuschten Linken „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“ strebte das Reichsbanner eine in den republikanischen Massen verankerte staatstragende Gesinnung an. Die Begriffe „Vaterland“, „Nation“, „Volksgemeinschaft“ sollten nicht länger der Rechten überlassen werden.

Natürlich sah das Reichsbanner bei allem Engagement für die Republik auch deren Mängel. Oft genug hatten gerade seine Mitglieder unter einer reaktionären Justiz zu leiden, die sie als Opfer rechter Übergriffe zu Tätern machte und ungleich härter als ihre Gegner verurteilte.

Gerade die Einweihungsreden für die in großer Zahl dem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert als Symbolfigur der Republik gewidmeten Denkmäler waren häufig auch gegen die reaktionären Kräfte in der Republik, voran die Justiz, gerichtet. Der Landesverratsprozess vor dem Magdeburger Landgericht hatte nach weitverbreiteter Meinung den vorzeitigen Tod des Reichspräsidenten verursacht. Besonders reaktionäre Richter entschieden stets im Sinne einer hetzerischen rechten Front.

Wie die Justiz bekämpfte auch eine extrem ausfällige Presse als Sprachrohr des mehrheitlich republikfeindlich eingestellten Bürgertums gerade im Raum Magdeburg Einrichtungen und Repräsentanten des demokratischen Staates. Bevorzugte Zielscheibe in der Stadt waren die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. So nahm sich der erste Amtsinhaber Gustav Krüger nach einer exzessiven Verleumdungskampagne im Dezember 1927 das Leben. Seit 1919 im Amt, hatte der einstige Arbeitersekretär, im Kriege schwer verwundet, unbeirrt von heftigen Attacken stets für politische Vernunft geworben, energisch in Waffenschiebungen der Rechtsputschisten eingegriffen und alle Republikenschmähungen von rechts- und Linksaußen entschlossen verfolgt. Eine maßlose Pressehetze drängte den Mitbegründer des Reichsbanners und Hauptschriftleiter der „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung“ 1925 aus dem Amt. Er war den fortgesetzten Beleidigungen und frei erfundenen Unterstellungen in einem politisch vergifteten Klima schließlich nicht mehr gewachsen.

Doch die anhaltenden Feindseligkeiten des bürgerlichen wie des kommunistischen Lagers konnten das Wirken des Reichsbanners kaum beeinträchtigen. Zu Großveranstaltungen wie den alljährlichen Gründungsfesten und Verfassungsfeiern mobilisierte die Organisation stets mühelos Millionen Anhänger im ganzen Deutschen Reich. Die mittleren zwanziger Jahre mit einer relativen wirtschaftlichen Stabilisierung und einer gewissen politischen Beruhigung im Verein mit dem Wahlerfolg der SPD bei den Reichstagswahlen 1928 führten bei manchen Führungskräften der Arbeiterbewegung schon zu der Ansicht, die Republik sei nun gesichert.

Die Arbeit des Reichsbanners, vor allem auf die Werbung für die Republik, die staatspolitische Bildung der Jugend die innere Reichsbanneraktivitäten konzentriert, schien ausreichen Früchte getragen zu haben, und manche meinten, die Organisation sei damit eigentlich überflüssig geworden.

Gegen Ende dieser halbwegs normalen Jahre erlebten die Magdeburger SPD und das Reichsbanner noch zwei besondere Höhepunkte. Zum SPD-Parteitag Ende Mai 1929 in der neuen Stadthalle zogen in einem endlos scheinenden Festzug dem Parteitag zu Ehren die Massen durch die Hauptstraße der Stadt, flankiert von Reichsbannerformationen, die auf dem Ehrenhof vor der Stadthalle Aufstellung nahmen. Die Partei, auf dem Höhepunkt ihrer Macht, war mit ihren Repräsentanten, dem Reichskanzler Müller, dem preußischen Ministerpräsidenten Braun, mit Ministern, Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten bis hin zu den im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt besonders zahlreich vertretenen Landräten, Bürgermeistern und Gemeindevorstehern versammelt. Jeder, der dabei war, hielt die SPD für unüberwindlich und die Republik für stark und gesichert. Genau ein Jahr danach wurde das Reichsbannerstadion „Neue Welt“ mit der Bundesschule eingeweiht. Am Himmelfahrtstag 1930 feierten über 20.000 Teilnehmer die Eröffnung von „Mitteldeutschlands schönstem Stadion. Festredner Carl Severing würdigte die neue Sport- und Spielstätte als Symbol der Reichsbannerarbeit, die allen republikanischen Organisatoren zur Nutzung offen stehe.

Am darauffolgenden Pfingstfest versammelte sich das Reichsbanner mit einem großen Aufgebot an Sportlern und Spielmannszügen zum großen bundestreffen und hielt die Stadt drei Tage lang in Atem. Wieder wurde eine starke Abordnung des österreichischen Schutzbundes, angeführt von Nationalrat Julius Deutsch, bereits auf dem Bahnhof enthusiastisch empfangen. Begrüßungsfeiern für die in Sonderzügen, auf LKWs, Motorrädern und Fahrrädern Angereisten fanden in allen Stadtteilen statt. Den Auftakt des Treffens bildete eine akademische Feier des Deutschen Republikanischen Studentenbundes im Rathaus, gefolgt von einer Großversammlung der Jugend in der Stadthalle, einer Gedenkfeier für die Opfer des Krieges im Stadttheater, einer Kundgebung und sportlichen Wettkämpfen im Stadion Neue Welt und schließlich einem gewaltigen Aufmarsch auf dem Domplatz. Die „Volksstimme“ schätzte die Teilnehmerzahl auf 60.000 bis 70.000 und titelte „Trommel-Donnern über Magdeburg“.

Schnelle Reaktion auf den Einzug von 107 NSDAP-Abgeordneten in den Reichstag

Franz Ostererth, seit 1928 als Redakteur der Reichsbanner-Zeitung in Magdeburg, schildert in seinen Erinnerungen die Fassungslosigkeit der Parteisekretäre und Redakteure angesichts der einlaufenden Wahlergebnisse am Abend und in der Nacht des 14. September 1930. Nach Ostererths Meinung resultierte die Panik der Funktionäre aus ihrer Abkapselung gegenüber dem politischen Gegner, hatten sie doch stets geraten: „Geht nicht in die gegnerischen Versammlungen. Lasst Nazis und Kommunisten unter sich“ hatten nie selbst die aufgezeigte Stimmung einer Naziversammlung erlebt. Weit weniger überrascht waren dagegen die Reichsbannerleute, die sich seit langer Zeit überall mit der SA herumschlagen mussten und die wachsende Gefährlichkeit der Nazibewegung erlebten. Eine Woche nach der Wahl konferierte denn auch bereits der Bundesrat mit 500 Führungskräften in der Bundesschule über eine Gegenoffensive unter dem Motto „Rüsten und marschieren“. Verbindungsausschüsse zu Gewerkschaften und Sportorganisationen für gemeinsame Aktionen sollten geschaffen werden. Die Bildung militanter Elitegruppen, der so genannten Schufu (Schutzinformation), wurde in Angriff genommen. Bereits am 3. Oktober 1930 stellte die deutschnationale „Magdeburger Tageszeit“ Mutmaßungen über „Staatsstreichpläne von links?“ an. Oberpräsident a. D. Otto Hörsing habe das Reichsbanner auf den Magdeburger Exerzierplätzen von der ihm unterstellten Schutzpolizei ausbilden lassen. Namentlich genannte Polizeihauptmänner seien im Reichsbanner aktiv, und Polizeipräsident Baerensprung sei der technische Leiter dieser Organisation.

Die ersten Meldungen über die Aufstellung von Schutzformationen kamen aus dem traditionell führenden Unterbezirk Wanzleben. Vor allem die jungen Mitglieder der Arbeiterturn- und Sportvereine füllten die Reihen. Nachhaltig unterstützt wurden die Anstrengungen von der SPD. Unterbezirkssekretär Ernst-Schumacher, rastlos unterwegs schärfte den Mitgliedern immer wieder ein: „Haltet Euch bereit“ Wenn es die Gegner wagen sollten, zur Gewalt zu greifen, werden sie uns zur rücksichtslosen Abwehr bereifinden. Wir lassen uns die Demokratie nicht von den Anhängern der Diktatur zerschlagen. Wir sind auf dem Posten. Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner, Arbeitersportverbände stehen gemeinsam in einer Front. „

Die propagandistische Kampagne wurde von SPD und Reichsbanner gleichermaßen energisch betrieben. Am 3. Oktober 1930 sprach Max Westphal, der kriegsversehrte erste Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), im großen Saal des städtischen Jugendheimes über „Jugend und Faschismus“. Die „Volksstimme“ druckte

ab Oktober in Fortsetzungen die Abhandlung von Pietro Nenni „Todeskampf der Freiheit. Der Weg zum Dritten Reich. Erinnerungen und Erfahrungen eines italienischen Sozialisten“ ab. Für den 16. Oktober kündigten in der ganzen Stadt mit den Worten „Hitler auf dem Bauch“ beschriftete Plakate eine Versammlung in der Stadthalle an. 6.000 hörten Major a. D. Karl Mayr zu, der 1919 als Nachrichtenoffizier der Reichswehr in München Adolf Hitler als V-Mann zur Beobachtung der rechten Szene eingesetzt hatte und aus einer Anschauung über das Scheitern des Hitler-Putsches im November 1923 berichtete.

Am 31. Oktober 1930 sprach der SPD-Fraktionsvorsitzende im Preußischen Landtag, Ernst Heilmann, im „Hofjäger“ vor 3.000 Zuhörern über den Wahlausgang. Die Sozialdemokratie habe einen ihrer Gegner unterschätzt. Das sei ihr Fehler gewesen. Nun müsse sie dafür sorgen, dass der Hakenkreuzspuk wieder verschwinde. Zur gleichen Zeit führte Oberbürgermeister Hermann Beims auf einer großen Kampfkundgebung in Egel, südöstlich von Magdeburg, den Versammelten vor Augen, was sie bei einem brutalen Schreckenssystem des Faschismus zu verlieren hatten. Sämtliche von der Arbeiterschaft mühsam aufgebauten Organisationen und schwer errungenen Rechte würden ausgelöscht. Was sich zur Sozialdemokratie bekenne, werde ausgerottet.

Der gerade in den Reichstag gewählte Chefredakteur des sozialdemokratischen anhaltinischen „Volksblattes“, Gerhart Seger, sprach am 7. November vor 2.000 Zuhörern in den Nationalfestsälen im Stadtteil Neue Neustadt. Den Versammelten führte er die neue NS-Fraktion im Reichstag vor. Zum ersten Mal saßen jetzt im deutschen Parlament ein Mörder, Sittlichkeitsverbrecher und Antisemiten in großer Zahl.

Auch die Revolutionsfeier der SPD im „Hofjäger“ mit einer Gedenkrede von Franz Osterroth war deutlich auf die neueste politische Entwicklung ausgerichtet. Drei Tage danach packte Wilhelm Hoegner 5.000 Zuhörer in der Stadthalle mit seinem Vortrag „Demokratischer Volksstaat oder faschistisches Irrenhaus“?.

Die Serie der Großveranstaltungen mit prominenten Rednern setzte sich bis ins Frühjahr 1931 in Stadt und Land fort. Polizeipräsident Baerensprung führte in den Altstädter Bürgersälen am Thema „Diktatur oder Demokratie?“ die italienischen Verhältnisse vor. Der Dozent an der gewerkschaftlichen Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., Prof. Wilhelm Nötling, durch seine Rundfunkdebatten mit dem NS „Wirtschaftsexperten“ Gottfried Feder im Reich bekannt geworden, schlug als Redner von Format seine im „Hofjäger“ dicht gedrängten Zuhörer in den Bann mit seinem Vortrag „Marxismus oder Nationalsozialismus“. Der zur Diskussion geladene Feder erschien zwar nicht, doch der Saal musste wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden.

Neben dieser Aufklärungskampagne mit zugkräftigen Rednern wurde eine Mobilisierungswelle breiter Massen in Gang gesetzt. Für das letzte Wochenende im November waren von den noch im September gebildeten Verbindungsausschüssen republikanischer Verbände im Verein mit der SPD des Bezirks Magdeburg-Anhalt überall „Demonstrationen gegen das Großkapital und seine Nazibanden“ angesetzt, „Mobilmachung der Volksbataillone“, wie die Volksstimme verkündete. In Magdeburg, Dessau, Bernburg, Halberstadt, Aschersleben, Schönebeck, Stendal, in großen und kleinen Orten waren 300.000 auf den Beinen, gewaltige Aufmärsche, wie sie die Region seit Jahren nicht mehr gesehen hatte. Auf dem Magdeburger Domplatz strömten 60.000 zusammen, flankiert von den neugebildeten Schutzformationen.

Ausgerechnet in jeden Tagen kündigte Adolf Hitler sein Kommen in der „roten Stadt im roten Land“ an. Das Reichsbanner wurde sofort aktiv, sandte ihm eine „Offene Mitteilung“ mit der Ankündigung: „wir werden mitreden, Herr Hitler, wenn man Sie nun einmal und solange man Sie noch drauflosreden lässt“ und bedauerte, dass ihm nicht längst das politische Handwerk gelegt worden sei. Denn würden in Deutschland Vernunft und Verantwortungsbewusstsein walten, wären bankrotte Putschisten an die Wand gestellt oder über die Grenzen gejagt worden. In der Stadt wurden Drohungen laut, Hitler von der Friedrich-Ebert-Brücke in die Elbe zu werfen, wenn er es wagen sollte zu kommen.

Das Reichsbanner bereitete sich unterdessen in sechs überfüllten Großveranstaltungen in Magdeburg und Schönebeck auf Hitlers Auftritt in der Stadthalle vor.

Da auch Kommunisten und Stahlhelm nicht untätig bleiben wollten und Aktionen ankündigten, sah er Polizeipräsident Dr. Horst Baerensprung Unheil heraufziehen, lud Vertreter aller Parteien zum Gespräch, um sie auf Gewaltlosigkeit zu verpflichten. Da dies nicht zu erreichen war, verbot er am Vortag des Hitler-Auftritts sämtliche Demonstrationen und Versammlungen vom 18. Dezember 1930 bis zum 5. Januar 1931. Die Gefahr blutiger Zusammenstöße war für dieses Mal abgewendet, Adolf Hitler erschien nicht in der Stadt solange Horst Baerensprung Polizeipräsident war. Der „Manchester Guardian“ bewertete den Magdeburger Erfolg als ersten Sieg der Gegenoffensive, in seiner psychologischen Wirkung dem von den Nationalsozialisten erzwungenen Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ vergleichbar.

Im Januar 1931 erging das Signal des Reichsbanners „Marschfertig am 22. Februar“, dem 7. Gründungstag. Gemeinsam mit den Bezirksverbänden der SPD, der Gewerkschaften und des Arbeitersportkartells von Magdeburg, Halle und Thüringen warb die Organisation mit großen Aufrufen um Mitglieder gegen den Terror der Hitlerbanden. Der SPD-Vorstand folgte mit einem zentralen Aufruf „Roter Massensturm!“ und ermunterte die deutsche Arbeiterschaft mit der Feststellung, die Psychose vom 14. September sei längst vorüber. „Jetzt greifen wir an, jetzt marschieren wir vorwärts! Arbeiter, stärkt eure Reihen! Kampf dem Faschismus!“. Der Bundesvorsitzende Otto Hörsing eröffnete die republikanische Offensive am 16. Januar 1931 in der Stadthalle. Auch er ging auf die wüsten Drohungen der Nazis ein mit seiner Versicherung, das Reichsbanner wolle den Bürgerkrieg und das Köpferrollen nicht, doch es stehe gerüstet in der Defensive, wenn die Feinde der Republik sich erdreisten sollten, ihre schmutzigen Finger gegen die Republik zu erheben.

In Magdeburg marschierten allein 1.500 Schufo-Leute und über 1.000 Angehörige der Stammformationen zu einem Appell im Ehrenhof vor der Stadthalle auf. Karl Höltermann, der sich zum Ortsvorsitzenden des Magdeburger Reichsbanners hatte wählen lassen, um die Pläne zur militärisch-technischen Ausbildung der neuen Eliteformationen zu erproben, hielt eine kurze Ansprache. Im ganzen Gau von der Altmark im Norden bis zum Harz und dem Freistaat Anhalt im Süden waren in Dutzenden von größeren Orten, zum Teil in Sternmärschen aus der Umgegend, die Reichsbannertruppen zusammengeströmt, ihre Stärke und Abwehrbereitschaft zu demonstrieren. Gerade die jüngeren Mitglieder ließen sich von dem neuen Schwung erfassen. Die Jungbannerabteilungen erwiesen sich als Rekrutendepots für die Schutzformationen, deren Ausbildung sich nicht nur in Marschübungen, Orientierungskunde, Signaltechnik, Nachrichtenwesen und Kampfsportarten erschöpfte, sondern auch das nun allseits geförderte Kleinkaliberschießen umfasste.

Eine systematische Ausbildung der Abwehrkräfte war auch bitter nötig, denn die Gewalttätigkeiten der Nationalsozialisten hatten sich bereits das ganze Jahr 1930 über ständig gesteigert. Die „Volksstimme“ kam mit den Schreckensmeldungen von immer neuen Überfällen kaum mehr nach. „Schwere Ausschreitungen der Nazis in Stendal“, „Wüste Nazi-Schlägerei in Egel“, „Nazi-Krawalle in Wanzleben“, „Nazi-Überfall auf Verfassungsfeier in Heyrothsberge“, „Nazi-Ausschreitungen in Dessau“, „Unerhörter Nazi-Terror auf der Straße“, „Die Nazis werden zur Landplage. Überfälle in Stadt und Land“ usw. lauteten die Schlagzeilen. Höltermanns Initiative zur Reformierung des Reichsbanners hatte dieser Entwicklung Rechnung getragen, neues Leben war in die republikanische Front gekommen. Im März 1931 gab es bereits zwischen 200.000 und 250.000 Schufo-Leute. Sie schirmten bald jede Versammlung ab, begleiteten prominente Redner über Land, bewachten Gewerkschafts- und Parteieinrichtungen, wurden dabei ständig von der SA provoziert und in Schlägereien verwickelt.

Zur Verdeutlichung der hasserfüllten Atmosphäre auf dem Lande zwei Beispiele, gleichsam die Spitze des Eisberges: Der Amtsvorsteher von Eickendorf wurde auf dem Heimweg von einer Versammlung gemeinsam mit seinem Sohn von dem berüchtigten SA-Sturm Karpe aus Schönebeck überfallen und mit zahlreichen Messerstichen in Kopf und Brust massakriert. Zwei zu Hilfe geeilten Reichsbanner-Männern erging es ebenso. Die Zeitungen titelten „Blutnacht von Eickendorf“. Dem Gärtner Hering, Gemeindevorsteher von Körbelitz im Kreise Jerichow I, wurden in einer einzigen Nacht von der SA sämtliche Obstbäume abgesägt und damit seine Existenz vernichtet. Ähnliche Vorfälle auf dem flachen Land meldete die Presse nahezu täglich, während in Magdeburg und den größeren Städten des Bezirkes Saalschlachten und Überfälle auf Einzelpersonen mit dem Abzeichen der Linken die Aktivitäten der SA kennzeichneten.

Die Volksstimme erinnerte in ihrem Leitartikel vom 20. November 1931 „Die eiserne Front“. Die republikanischen Arbeiter schließe sich wider den Terror zusammen“ an die Leistungen und unter schweren Opfern errungenen Erfolge der deutschen Arbeiterbewegung, die es jetzt gemeinsam gegen die Hugenberg und Hitler zu verteidigen gelte und schloss mit dem Pathos jener Jahre, das seine Wirkung nie verfehlte: „In der Bereitschaft zu kämpfen, in der Bereitschaft zu sterben für ihre heilige Sache. Mit dem Willen zum Siege – die eiserne Front.“

Der große Saal des „Hofjägers“ wurde in dieser Woche gleich dreimal gefüllt. Auch der 2. SPD-Vorsitzende Vogel vermittelte seinen Zuhörern hier, dass es Selbstmord sei, die Faschisten noch länger gewähren zu lassen. Der Arbeiterklasse bleibe Gewaltanwendung womöglich nicht erspart, denn wenn sich die Kapitalistenklasse vor dem sicheren Untergang sähe, würde sie sich mit den Mitteln der Gewalt zu halten versuchen. „Dann kann auch das Prinzip der Demokratie für uns keine Geltung mehr haben. Wir werden den Gegner mit den Mitteln schlagen, die er gegen uns anwendet. Die Führung des außerparlamentarischen Kampfes wird bei der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften und dem Reichsbanner liegen. Die Front zu stärken, ist jetzt die größte Pflicht“. Am Tag danach kamen die Bundesvorstandsmitglieder und –sekretäre, die Gauvorsitzenden und Gausekretäre zu einer Bundesratssitzung des Reichsbanners in Magdeburg zusammen und trugen dem jüngsten Rechtsruck und dem daraus resultierenden Drängen der Basis auf klare Antwort mit einem Appell Rechnung: „Der Front der Staatsfeinde muss die „Eiserne Front“ der staatstreuen Bürger entgegengestellt werden.“ Höltermanns Verhandlungen mit den republikanischen Organisationen führten zum Treffen der Spitzen von Gewerkschaften, SPD, Reichsbanner und Arbeitersport am 16. Dezember in Berlin, wo sie übereinkamen, die Eiserne Front zu schmieden. Die SPD übernahm die

politische Führung in dem neuen Kampfbündnis, das Reichsbanner die organisatorische und technische Koordination. Die in den nächsten zwei Monaten in allen Gauen gebildeten Kampfleitungen der Eisernen Front, die die großen Verbände enger zusammenschlossen, konnten sich auf lokale und regionale Aktionsausschüsse stützen, die auf das Signal ihrer Organisationen hin gebildet worden waren.

Die Eiserne Front in Aktion

Julius Leber, der wie Schumacher und Haubach, Mierendorff, Höltermann und all die anderen fronterfahrenen jüngeren Führungskräfte in der SPD schon seit längerem auf einen härteren, offensiven Kurs in der Auseinandersetzung mit der Rechten gedrängt hatte, erinnerte sich später, die Errichtung der Eisernen Front habe wie „ein altes, halbvergessenes Sturmsignal auf eine kampf- und sieggewohnte Truppe“ gewirkt.

Eine fieberhafte Tätigkeit mit Führertagungen in allen Stadtteilen von Magdeburg, in allen Kreis- und Landstädten, mit der ersten „republikanischen Rüstwoche“ im Januar, mit einem Sportfest der Eisernen Front in der Halle „Land und Stadt“, die die 10.000 Zuschauer nicht fassen konnte, erfasste die Region wie das ganze Land.

Die eiserne Front war bereit für die großen Wahlkämpfe des Jahres 1932. Zunächst galt es, die Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten zu verhindern. Viele Aktivisten der Eisernen Front fiel es nicht leicht, sich für das kleinere Übel Hindenburg in die Schanzen zu werfen, sahen sie in ihm doch einen verkappten Monarchisten, der nur widerwillig der Republik diene. Deshalb hämmerten die Redner auf allen in den Kreisen angesetzten Kampfwochen in Burg und Genthin, Wanzleben, Oschersleben und Egel, Schönebeck und Staßfurt, Dessau, Bernburg, Halberstadt und all den anderen Orten den Versammelten immer wieder ein: „Wer den Bürgerkrieg verhindern will, muss für Hindenburg stimmen“.

Für den 6. März, den letzten Sonntag vor der Wahl, setzte die Eiserne Front noch einmal 400 Kundgebungen im Gau an. Auf dem Magdeburger Domplatz kamen allein 30.000 Menschen zusammen. Der Arbeitersport hatte die Parole ausgegeben: „Am 13. März muss der Faschistenhäuptling so entscheidend geschlagen werden, dass seine Bewegung zerbricht“. Reichsbanner-Gauführer Ernst Wille und der Metallarbeiter-Vorsitzende Kurt Kaulfers proklamierten: „Kein Mordbanditentum in Deutschland an der Regierung“. Ernst Reuter und Oberpräsident Falck von der Deutschen Staatspartei, vormals DDP, machten den Zuhörern im überfüllten „Hofjäger“ zum wiederholten Male klar, beim dem bevorstehenden Kampf gehe es um Sein oder Nichtsein, um die Existenz des deutschen Volkes.

Nachdem das Wahlergebnis vom 13. März einen zweiten Wahlgang erforderlich machte, mehrten sich noch einmal die rechten Ausfälle. Als auch noch der preußische Innenminister Severing Durchsuchungen aller Gaubüros der NSDAP anordnete und große Mengen belastenden Materials beschlagnahmen ließ, kam es in Magdeburg zu Nazi-Tumulten auf dem Breiten Weg und vor dem Gebäude der „Volksstimme“. Die Polizei verbot SA und SS an zehn Stellen in Magdeburg jegliche Aktivität. In Samswegen, nördlich von Magdeburg gelegen, schoss ein Bäckermeister nachts auf vier Reichsbanner-Männer. In Salzwedel in der Altmark wurde der NS-Kreisleiter Dr. von Thörne verhaftet und ein Waffenlager beschlagnahmt. Im Bericht des Regierungspräsidenten an den preußischen Innenminister über die Verhältnisse in Salzwedel hieß es: „Seit jeher einer der schwärzesten Winkel in Deutschland. Hier konnte sich kein Republikaner ohne Gefahr auf die Straße wagen. Kurz vor der Wahl

glich die Stadt einem Heerlager.“ Im nahe gelegenen Gardelegen kam bei Zusammenstößen ein junger SA-Mann ums Leben, der – aus einer sozialistischen Familie stammend – als Landarbeiter nur auf Druck seines Arbeitgebers der SA beigetreten war. In Burg verwüstete die SA die frisch renovierte Wohnung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters bis zur Unbewohnbarkeit.

Trotz exzessiver Hassattacken wiederholten sich bis zum zweiten Wahlgang am 10. April die Aufmärsche und Kundgebungen der Eisernen Front in unverminderter Stärke. Redner wie Ernst Reuter werteten das Ergebnis vom 13. März zwar als Sieg der Freiheit, warnten aber immer wieder vor der Gefahr, den Gegner zu unterschätzen. 11,3 Millionen Nazis seien eine Macht. Die Formationen eines wieder auf dem Domplatz endenden Sternmarsches plakatierten: „Wir werden Hitler schlagen zum zweiten und zum dritten Mal“ und gelobten: Niemals soll Hitler an die Macht kommen. Die letzte Kraft werden wir einsetzen, um das Unglück des Faschismus von Deutschland abzuwenden“ und „Wir werden, wollen und müssen siegen“.

Angesichts des außerordentlichen Einsatzes scheint die Behauptung nach dem 10. April, ohne die Eiserne Front wäre Hindenburg nicht noch einmal gewählt worden, durchaus gerechtfertigt. Das am 14. April 1932 im Wesentlichen auf Druck der Länderinnenminister erlassene SA-Verbot wurde denn auch in den gegnerischen Kreisen als Konzession an das Reichsbanner für geleistete Wahlhilfe gewertet, eine Lesart, die SPD und Reichsbanner noch bestärkten. Da jedoch Hindenburg dem SA-Verbot nur widerstrebend zugestimmt hatte und nicht abgeneigt war, nun auch das Reichsbanner verbieten zu lassen, beugte Höltermann mit einer Auflösung der Schutzformation vor.

In der aufs äußerste angespannten Situation verzichtete die SPD in den Wahlkämpfen zum preußischen Landtag am 24. April auf einen massiven Einsatz der Eisernen Front, und auch das überparteiliche Reichsbanner hielt sich im Interesse der republikanischen Koalitionsparteien, die auf gesondertes Hervortreten Wert legten, zurück. Der Redakteur der Reichsbanner-Zeitung Franz Osterroth, der seit Jahren „die Rote Spielschar“ ein Kabarett der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) betreute, Wahlkampfvorhaben für die Gruppe schrieb und bei Wind und Wetter mit ihr über Land zog, er die Techniktruppe „Rote Pioniere“ zur Ausgestaltung politischer Massenaktionen ins Leben gerufen hatte und der bald auch Bundesjugendführer des Reichsbanners werden sollte, also einer der Aktivisten, schrieb in seinen Erinnerungen: Die Nacht, als die Wahlergebnisse aus Städten und Dörfern kamen, war eine der deprimierendsten, die ich im politischen Leben mitmachte. Unsere Massen sahen, dass wir keine wirklichen Machtpositionen gegen die reaktionären Kräfte mehr besaßen.

Nicht nur in Preußen hatte die NSDAP die SPD als führende Kraft verdrängt, im Freistaat Anhalt trat sie gar an die Stelle der bis dahin regierenden SPD. Doch von Apathie war nach Osterroth noch nichts zu merken, im Gegenteil, die Feiern zum 1. Mai 1932, effektiv inszeniert als eine Art „Hochamt des Sozialismus“, brachten mehr Menschen in Magdeburg auf die Beine als je zuvor. Wirklich schwere Schläge erlitt die Front der Republikaner im Juni/Juli 1932, als der rechte Zentrumschef von Papen als Nachfolger Brüning mit einer neuen Regierungsbildung beauftragt wurde, umgehend den Reichstag auflöste, Neuwahlen für den 31. Juli ansetzte und am 14. Juni das SA-Verbot aufhob.

Höltermann hatte umgehend die Schutzformationen reaktiviert, die nun rund um die Uhr Gewerkschafts- und Volkshäuser, Pressehäuser und Parteibüros im ganzen Gau von Stendal in der Altmark bis Quedlinburg im Harz bewachten.

In der gewaltgeladenen Atmosphäre jener Tage wurde nun auch von kommunistischen Überfällen auf SPD- und Reichsbannermitglieder berichtet. Als in Klein Wanzleben, einem Dorf südwestlich von Magdeburg, Kommunisten den SPD-Vorsitzenden niederstachen, titelte die „Volksstimme“: „Kommunistische Einheitsfront mit Brudermord“. Trotz solcher vereinzelter Vorkommnisse verhandelte die Ortskampfleitung der Eisernen Front in Dessau unter Gerhart Seger am 23. Juni mit der örtlichen KPD über eine Einheitsfront gegen den gemeinsamen Gegner, der ihnen, in Anhalt nun an der Regierung, das Leben besonders schwer machte. Da die Kommunisten jedoch nicht bereit waren, auf den von der zentralen Parteilinie vorgegebenen Kampf gegen die SPD zu verzichten, endete die Besprechung ergebnislos. Zwei Wochen später wurde in Dessau der Hundertschaftsführer des Reichsbanners Wilhelm Feuerherdt von der SA erstochen. Ein Trauerzug von 7.800 Teilnehmern folgte seinem Sarg. Zahlreiche Betriebe hatten geschlossen, denn der Ingenieur Feuerherdt war Geschäftsführer des mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe. Seit dem Kapp-Putsch hatte Dessau eine solche Manifestation der Abwehr nicht mehr erlebt.

Kampflos in den Untergang

Als die Papen-Regierung mit dem so genannten „Preußen-Schlag“ die geschäftsführende sozialdemokratische Regierung kurzerhand absetzte, erwarteten sämtliche Aktiven das von Partei- und Gewerkschaftsführen seit Jahren immer wieder angekündigte Signal zum Kampf. Hatten sie doch stets die Ermahnungen ihrer Führungskräfte beherzigt, sich nicht provozieren zu lassen, keinen unnötigen Vorwand für staatliche Übergriffe und Verbote zu liefern. Erst im wirklichen Notfall, bei höchster Gefährdung der revolutionären Errungenschaften, der Republik und der Demokratie werde dieses Signal gegeben. Dieser Fall war jetzt eingetreten nach Meinung aller, die stets angetreten waren zu Demonstrationen und Versammlungen, zu Wahlkämpfen und zur Abwehr der SA-Schläger, die sich seit Jahren empörten über die ungerechten Urteile einer rechtslastigen Justiz gegen die eigenen Kameraden, die stets aufmerksam ihre Partei- und Gewerkschaftspresse gelesen hatten und die immer wieder geschworen hatten, notfalls zur Verteidigung der Republik auch ihr Leben einzusetzen. Dass es ums Ganze ging, wenn bereits das „rote Bollwerk“ Preußen zu Fall gebracht wurde, hatte jeder begriffen, und deshalb waren sich Oberbürgermeister Reuter, Polizeipräsident Baerensprung und Reichsbannerführer Hölterman auch einig in der Absicht, die Magdeburger Bereitschaftspolizei und das ihm als Hilfstruppe unterstellte Reichsbanner nach Berlin in Marsch zu setzen.

Die Diskussion über die Stillhalte-Entscheidung nach der Krisensitzung der in der Eisernen Front vereinten Führungsspitzen von SPD, Gewerkschaften und Reichsbanner wird wohl kaum je zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommen, unstrittig jedoch ist die niederschmetternde Wirkung auf Moral und Psyche der kampfentschlossenen Anhängerschaft, empfanden sie doch genau das, was der propagandistische Einpeitscher der NSDAP, Joseph Goebbels, in seinem Tagebuch hämisch vermerkte: „Die Roten haben ihre große Stunde verpasst, die kommt nie wieder“. Angesichts des Ausgangs der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 überfiel so manchen der Gedanke, auf verlorenem Posten zu kämpfen. Selbst in Ernst Reuters Rede zum Verfassungstag am 11. August klang etwas davon an, als er auf die vielen Wankenden zu sprechen kam, die glaubten, den Kopf hängen lassen zu müssen, und meinten, es sei keine Veranlassung, die Verfassung zu feiern.

Doch noch gab das Reichsbanner die Schlacht nicht verloren. Nachdem die Wachablösung in der Führung erfolgt war – Otto Hörsing hatte seine seit langem verfolgten eigenwilligen Pläne zur Arbeitsbeschaffung mit Hilfe einer neugegründeten Partei verwirklichen wollen, war aus der SPD ausgeschlossen worden und bei den Reichstagswahlen kläglich gescheitert -, nahm der nun endgültig als Bundesvorsitzender bestätigte Karl Höltermann eine Umgestaltung energisch in Angriff. Das Reichsbanner sollte eine voll einsatzfähige Kampforganisation werden. Eine besondere Stelle für die Wehrausbildung wurde eingerichtet, und in einem Exerzierreglement wurde festgelegt, dass das Jungbanner Ausbildungsformation, die Schufo aktive Einsatzformation und die übrigen Reichsbannermitglieder Reserve für die Ergänzung der Schufo sein sollten. In allen Gauen wurde jetzt energisch ausgebildet, und es wurden manöverähnliche Übungen durchgeführt, dabei Spezialformationen wie Nachrichtengruppen und Bundesschule auf dem Gelände des Stadions „Neue Welt“ eingerichtet. Hier fanden mehrwöchige Ausbildungskurse statt.

Einen neuen Hoffnungsschimmer bot der Ausgang der Reichstagswahlen vom 6. November 1932. Die NSDAP hatte rund 27 Millionen Stimmen verloren, der Aufstieg dieser Partei zur Macht schien doch aufhaltbar zu sein. Bedenkt man die von Goebbels in seinen Tagebucheintragungen verdeutlichte Situation der Führungskräfte, von Geldsorgen gebeutelt, von Organisations-, Versammlungs-Rede- und Zeitungsverboten sowie Gerichtsverfahren allmählich müde gemacht, Hitler mehrfach vor dem Nervenzusammenbruch, so scheint die Einschätzung im Leitartikel der Reichsbanner-Zeitung vom 31. Dezember 1932 unter der Überschrift „Wir brachen den Ansturm“ durchaus realistisch: Wir haben den Kampf nicht gewonnen, aber den Angriff abgeschlagen. Das Reichsbanner hat in seiner unaufhörlichen Schlacht des Jahres 1932 in vorderster Front gestanden. Es hat Opfer gebracht wie noch niemals, es hat übermenschliche und beispiellose Anstrengungen auf sich genommen und steht mit sturmzerfetzten Fahnen, aber auch mit geschlossenen Formationen zu neuen Kämpfen bereit ... Die Zeichen stehen auf Sturm und Angriff. „

Das Magdeburger Reichsbanner hatte in dieser Zeit noch einen besonders bitteren Tag. Eine Woche nach der Novemberwahl und genau zwei Jahre nach dem verhinderten Auftritt zog Adolf Hitler

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Baerensprung hatte nach dem 20. Juli dem deutschnationalen Freiherrn von Nordenflycht weichen müssen. Der untersagte zwar wegen der Verordnung des Reichspräsidenten zum inneren Frieden kurzerhand eine SPD-Funktionärskonferenz, gestattete jedoch ohne weiteres eine als Amtswaltertagung deklarierte Hitler-Kundgebung in der Stadthalle. Die Reichsbanneraktivisten sahen diesem Ereignis mit Ingrimme entgegen, ihr Gauleiter Ernst Wille entschloss sich zum Handeln. In der Nacht vor Hitlers Einzug in Magdeburg soll er auf der Berliner Chaussee, einer Ausfallstraße nach Osten, in Höhe des Stadions „Neue Welt“ mit einigen Vertrauten einen Anschlag vorbereitet haben. Sobald ein Reichsbannermelder das Nahen von Hitlers Wagen signalisierte, sollte ein Stahlseil über die Straße festgezogen werden und Hitler in dem zum Halten benötigten Wagen von einem versteckt postierten Schützen erschossen werden. Der Plan soll schließlich daran gescheitert sein, dass das Hitler-Auto schneller war als der Melder des Reichsbanners, so dass es nur noch zu einigen Steinwürfen kam. Überliefert wurde diese abenteuerlich anmutende Geschichte von den engsten Angehörigen Ernst Willes.

In den nach 1945 erschienenen, Ernst Wille gewidmeten Gedenkartikeln und biographischen Beiträgen fehlt dieser bemerkenswerte Vorgang, der nicht in das von

der DDR-Historiographie gezeichnete Bild des Reichsbanners und der Eisernen Front passte. Heißt es doch in der repräsentativen „Geschichte der Stadt Magdeburg“: „Die eiserne Front“ am 16. Dezember 1931 nach gemeinsamen Aussprachen zwischen reformistischen Gewerkschaftsvertretern und rechten sozialdemokratischen Führern angeblich zur „Überwindung der faschistischen Gefahr“ geschaffen, verharrte dagegen in Untätigkeit.

Die Nachricht von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler kam in Magdeburg völlig unerwartet. Während Höltermann sofort nach Berlin fuhr, um mit den anderen Führern der Eisernen Front die Lage zu erörtern, wurde im Bundeshaus begonnen, wichtige Schriftstücke und Adressenlisten aus dem Haus zu bringen oder zu vernichten. Denn jeden Augenblick erwartete man dort das Verbot des Reichsbanners und die Besetzung des Bundeshauses.

Im Gau Magdeburg-Anhalt gab es keine ungestörten sozialdemokratischen Wahlversammlungen mehr. Vielfach wurden SPD und Eiserner Front von den Gastwirten auf dem Lande die Säle verweigert. Überfälle der SA auf die Redner der Linken häuften sich. Kein Wahlredner, der sich morgens von Frau und Kind verabschiedete, wusste, ob er abends unversehrt oder wenigstens lebendig zurückkehren würde. Bereits in der ersten Woche nach Hitlers Regierungsantritt gab es 16 Tote. Einer davon war der 1. Bürgermeister der und 20.000 Einwohner zählenden Industriestadt Staßfurt südlich von Magdeburg. Hermann Kasten, als angesehener Kommunalpolitiker im Vorstand des Reichsständebundes, seit 1921 Mitglied des Preußischen Landtages, wurde am 5. Februar vor seinem Haus erschossen. Seine Polizeigewalt energisch ausübend, war er bereits seit langem der von der örtlichen SA am meisten gehasste Mann in der Stadt. Die Überführung der Leiche in seine rund 30 km entfernt liegende Heimatstadt Schönebeck gestaltete sich zu einem stummen Massenprotest entlang der Landstraßen, nachdem eine Reichsbannerdemonstration verboten worden war.

Am 25. Februar wurde der 18-jährige Jungbannermann Ernst Drong in Tangermünde zu Grabe getragen. Er hatte einen Wahlkampfauftritt von Ernst Reuter bei einer Demonstration der Eisernen Front in Stendal mit gesichert und war von der SA auf dem Heimweg erschossen worden.

Völlig enthemmt tobte sich der in Schönebeck und Umgebung seit Jahren sein Unwesen treibende SA-Sturm Karpe aus. Im Februar/März 1933 überfiel und verwüstet er Filialen der „Volksstimme“ – Buchhandlung und des Konsumvereins, ein Kinderheim, das SPD-Lokal sowie Privatwohnungen und das Geschäft eines sozialdemokratischen Kommunalpolitikers. Am 3. März stürzten sich die schwer bewaffneten SA-Männer auf einen SPD-Umzug mit Reichsbannerkapelle an der Spitze. Es gab mehrere Verletzte auf beiden Seiten. Ein SA-Mann verstarb wenig später. Am 12. März, dem Tag der Kommunalwahlen, erschossen SA-Männer den ob seiner gemeinnützigen Initiativen weithin bekannten und geschätzten Stadtrat und Metallgewerkschaft Otto Kresse im Wahllokal.

Während die Täter wie üblich straffrei ausgingen, hatte der Überfall vom 3. März für einen der Reichsbannerleute ein tödliches Nachspiel. Der Trommler des Spielmannzuges Karl Jänicke wurde am Tod des bei dem Überfall schwer verletzten SA-Mannes schuldig gesprochen und im Dezember 1933 vom Magdeburger Schwurgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt legte Revision ein, und das Sondergericht in Halle fällte im Oktober 1934 trotz erwiesener Unschuld – Jänicke befand sich nachweislich nicht in der Nähe des niedergestochenen SA-Mannes – das

gewünschte Todesurteil. Trotz internationaler Rettungsbemühungen des emigrierten Parteivorstandes wurde Karl Jänicke am 5. Juni 1935 in Halle hingerichtet.

Nach der auf den Reichstagsbrand folgenden Terrorwelle und den Vorgängen des letzten, allenfalls nur noch halblegalen Wahlkampfes hegte niemand mehr Illusionen, wie sie noch die letzte Bundesgeneralversammlung Mitte Februar beherrscht hatten. Jetzt wurden die Zeitungen verboten, die Einrichtungen besetzt, die Konten beschlagnahmt, die überall im Lande vom Reichsbanner initiierten Ebert-, Erzberger- und Rathenau-Denkmal demoliert und demontiert. Kurz bevor die SA am 11. März 1933 das Bundeshaus des Reichsbanners in Magdeburg besetzte, bat der Polizeipräsident telefonisch, das Haus zu räumen, die Polizei könne leider niemanden schützen. Ein SA-Zug hatte bereits zuvor den Oberbürgermeister aus dem Rathaus gezerrt und wollte ihn im Triumphzug zum Bundeshaus mitführen. Doch ein Polizeikommando befreite ihn aus den Fängen der SA und nahm ihn vorübergehend in Schutzhaft. Das Bundeshaus wurde mit Geschrei in „Host-Wessel-Haus“ umgetauft und zum Standquartier des SA-Sturm erklärt. Auf dem Dach weht nun die Hakenkreuzfahne.

Eine besondere Perfidie lag in der Verwendung des Reichsbannerstadions „Neue Welt“ als Schutzhaftlager. Hier fanden sich im Frühjahr und Sommer 1933 Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Reichsbannerleute aus Magdeburg und dem Umland wieder. Den minimalen Überlieferungen zufolge soll es während der meist kurzen Aufenthaltsfristen halbwegs „erträglich“ zugegangen sein, da die Bewachung sich noch aus Stahlhelmen und Polizei zusammensetzte. Exponierte Führungskräfte und bekannte Redner der Eisernen Front dagegen, die, wie Ernst Reuter und der frühere Bundessekretär des Reichsbanners Willi Karbaum, zuletzt Parteisekretär im Bezirk Magdeburg, ins KZ Lichtenburg gerieten, hatten schwere Misshandlungen zu erleiden. Auch die in Magdeburg in Haft genommenen Rechtsanwälte Dr. Horst Baerensprung, Dr. Heinz Braun und Dr. Alfred Petzold, als Verteidiger in zahlreichen Reichsbannerprozessen mit der SA aneinandergeraten, hatten einiges auszustehen. Sie gingen sämtlich nach der Freilassung ins Exil.

Der mutige Ernst Reuter, der selbst durch einen auf ihn verübten Sprengstoffanschlag bei einem Wahlkampf Anfang November 1932 in dem Altmark-Städtchen Klötze nicht aus der Fassung zu bringen war, harrte am längsten aus, hatte er doch seinen Parteigenossen in den letzten Versammlungen – ähnlich wie Kurt Schumacher in Stuttgart – versichert, auf jeden Fall im Lande bleiben zu wollen, die Masse der Parteimitglieder könne schließlich auch nicht emigrieren. Nach seinem ersten wie seinem zweiten Aufenthalt im KZ Lichtenburg beriet er mit illegal tätigen Parteigenossen die Frage „bleiben oder gehen“. Während sie ihn beim ersten Mal wegen der moralischen Wirkung auf die Anhängerschaft baten zu bleiben, rieten sie ihm nach der zweiten Entlassung im September 1934 zu emigrieren. Allen war nun klar, dass das NS-Regime keine vorübergehende Erscheinung war, und an einem Märtyrer Reuter war niemandem gelegen.

Spektakulär gestalteten sich Verfolgung und Emigration des Ortskampfleiters der Eisernen Front und Chefredakteurs des „Volksblattes für Anhalt Gerhart Seger. Bereits am 12. März verhaftet und nach dreimonatiger Schutzhaft in das KZ Oranienburg überstellt, gelang ihm im Dezember 1933 eine aufsehenerregende Flucht aus dem KZ und über die tschechoslowakische Grenze ins rettende Exil. Sein Bericht „Oranienburg“ bereits im Februar 1934 von der SPD-Verlagsanstalt Graphia Karlsbad herausgebracht, erschien in sieben Sprachen. Auf Vortragsreisen durch mehrere Länder sprach Seger über die Verhältnisse in Nazi-Deutschland. Wie er setzten auch die meisten anderen

Reichsbanner-Aktivistinnen aus dem Gau Magdeburg-Anhalt ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus vom Exil aus fort. Besonders gefährdet waren dabei die als Grenzsekretäre für den emigrierten Parteivorstand von Holland und Belgien aus operierenden Gustav Ferl und Ernst Schumacher.

Während die Genannten die Nazi-Herrschaft überlebten, fiel ihr der Gauführer Ernst Wille zum Opfer. Bis 1933 rastlos in Mitteldeutschland als Redner unterwegs, erstaunlicherweise jedoch im Frühjahr 1933 nur zweimal kurzzeitig inhaftiert, geriet er mit anderen Sozialdemokraten und Kommunisten Magdeburgs bei Kriegsbeginn gemäß Erlass des Chefs der Sicherheitspolizei vom 26. August 1939 in das KZ Buchenwald. Im April 1943 entlassen, sollte ihm jetzt der versuchte Anschlag auf Hitler zum Verhängnis werden. Seine Frau hatte die Geschichte einer Nachbarin erzählt, die als überzeugte Nationalistin Ernst Wille denunzierte. Im einstigen Bundeshaus des Reichsbanners, nach 1933 als „Braunes Haus“ Sitz der Gestapo, wurde Ernst Wille schwer misshandelt und im März 1944 in das KZ Neuengamme überstellt mit dem Vermerk „Rückkehr unerwünscht“. Zwei Monate später war der sportliche Mann von robuster Konstitution tot.

Nicht nur die zentralen, auch die regionalen und lokalen Führungskräfte waren ab 1933 massiven Verfolgungen ausgesetzt. So wurde der in der Öffentlichkeit vielfach in Erscheinung getretene Reichsbannerführer des Kreises Haldensleben Karl Tramp bereits im März 1933 verhaftet und bis 1936 in Lagern, darunter die berüchtigte SA-Folterhöhle Schloss Dornburg in Anhalt, und Gefängnissen festgehalten.

Der junge Leiter der Biederitzer Schutzformation Hans Hartmann wurde bereits seit Januar 1933 von der SA gejagt. Nach einem Schusswechsel auf dem Biederitzer Bahnhof emigrierte er in die Tschechoslowakei, von wo aus er mehrere gefährliche illegale Erkundungsreisen nach Deutschland unternahm. 1939, nach der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei, gelang ihm die Flucht über Polen nach England, von wo aus er 1946 nach Biederitz zurückkehrte.

Wer den Terror der ersten Wochen und Monate des Jahres 1933 überlebt hatte, nach kürzerer und längerer Inhaftierung wieder entlassen worden war, orientierte sich nun auf ein Leben unterm Nationalsozialismus. Wie Theodor Haubach in Berlin so versuchten an verschiedenen Orten Reichsbannerleute den Zusammenhalt auch im Untergrund zu wahren und gegen die braune Herrschaft zu wirken. Doch das wurde bei der zunehmenden Gestapo-Überwachung und V-Männer-Infiltration – noch 1939 ordnete die Politische Polizei zum wiederholten Male „eine genaue Erfassung der früheren Reichsbanner-Funktionäre“ an – immer schwieriger. Die Masse der einstigen Mitglieder blieb ihren Idealen treu, hielt Kontakt im kleinsten Kreis, unterstützte die Familien Inhaftierter und half einander in Not und Verfolgung. Manchen gelang es, Fahnen, Uniformteile, Schriften und Erinnerungsstücke in Verstecken über die Zeit des Nationalsozialismus zu retten.

Das Bundeshaus wurde Anfang 1945 bei Luftangriffen zerstört. Eine zu DDR-Zeiten an seinem Standort neben der Klosterkirche in den Boden eingelassene Gedenktafel trägt die Inschrift „Wir sind nicht zu bezwingen. Hier befand sich das Braune Haus – Folterhöhle für Antifaschisten 1934 – 1945“. Vom Sitz des Reichsbanners keine Rede. So verloren sich die Spuren dieser einst bedeutsamen Republikschutzorganisation, die wie alle mit der Sozialdemokratie im Zusammenhang stehenden Leitungen aus dem öffentlichen Gedächtnis der Stadt und des Landes verdrängt wurden. Eine Ausstellung

zum 75. Gründungstag im Landtagsgebäude am Domplatz versuchte die Erinnerung wieder zu beleben.

Helmut Hartmann, Dessau

**Bauhaus – Junkers – Sozialdemokratie.
Ein Kraftfeld der Moderne
Eine Buchbesprechung**

Ein Bauhausmythos wird angekratzt

Schon im Vorwort seines neuen Buches über das Bauhaus kündigt der Verfasser Korrekturen am vorherrschenden Geschichtsbild an. Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Umfeld, in welchem das Bauhaus agiert, soll schärfer als bisher ins Visier genommen werden. Damit wird auch ein Bauhausmythos angekratzt, an dessen Entstehung Walter Gropius selbst wesentlich beteiligt war. Ausstellungen im amerikanischen Exil schränken das Wirken des Bauhauses auf die Zeit seiner Direktorenschaft ein, also auf die Jahre 1919-1928. Heinrich Peus, der führende Sozialdemokrat in Anhalt, der mit seiner Partei die politischen Voraussetzungen für eine Umsiedlung des Bauhauses von Weimar nach Dessau geschaffen hatte und Hannes Meyer, der Walter Gropius im Direktorenamt folgte, werden aus amerikanischer Sicht zu Unpersonen und wider besseren Wissens als Vorbereiter des Faschismus in Deutschland eingestuft. Ohne die besondere Bedeutung des Bauhauses bis in unsere Zeit abmildern zu wollen, will Walter Scheiffele mit seinem Buch darlegen, wie gut in Dessau der Boden für ein erfolgreiches und meisterhaftes Wirken des Bauhauses schon vorbereitet war.

Ein Dessauer Bauhaus zur Zeit der Aufklärer

Um das Umfeld für das Dessauer Bauhaus zu umschreiben geht der Verfasser zurück bis in die Zeit der Aufklärer und Menschenfreunde. Schon Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff machte sich Gedanken über eine „allgemeine vorbereitende Unterrichtsanstalt zu mechanischen Gewerben und zu bildender Kunst für Dessau“. Erdmannsdorff baut das Wörlitzer Schloss, verliert dabei aber nicht das Haus des Bauern aus dem Auge. „Ein kleines Bauernhaus oder ein Wirtschaftsgebäude hat dieselben Hauptteile, welche ein königliches Schloss hat.... Und es ist oft ebenso schwer, in einem so simplen Werke elegante Formen zu finden, als an einem Palast die reichsten Verzierungen aus Marmor und Vergoldungen an seinem gehörigen Ort anzubringen“. Der Verfasser erinnert auch an das 1771 eröffnete Philanthropinum des Pädagogen Basedow. Immanuel Kant nennt die Dessauer Schule die „Stammutter aller guten Schulen“. Obgleich sie nur 19 Jahre existierte, setzte sie neue Maßstäbe für die Pädagogik in Europa, auch darin vergleichbar mit dem Bauhaus, das nur 13 Jahre gearbeitet hat und bis heute weltweites Ansehen genießt.

Heinrich Peus organisiert die Arbeiterbewegung in Anhalt

33 Jahre vor Walter Gropius beginnt Heinrich Peus seine Arbeit in Dessau. „Mit ihm kam der Mann nach Dessau, in dessen Person sich vier Jahrzehnte hindurch in der Stadt Dessau und darüber hinaus in ganz Anhalt die Sozialdemokratische Partei gewissermaßen verkörperte und dessen zielbewusster und gänzlich unorthodoxer Führung sie in erster Linie ihren Aufstieg und die beherrschende Stellung zu verdanken hat, die sie später längere Zeit im Lande wahrnahm“ (Fritz Hesse). Peus gründete das „Volksblatt für Anhalt“, organisierte die SPD und führte sie zur führenden politischen Kraft im Lande. Als Student der Theologie, Philosophie und Geschichte und Ökonomie in Berlin verfügte er über ein weitgefächertes Wissen, ließ sich in seinem Denken nicht einschränken durch Ideologien und Dogmen und Parteidisziplin. „Ich hasse die Parteisklaverei nicht minder wie die Kirchensklaverei“. In den Jahren 1893-95 wurde er mehrmals wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und verurteilt und musste etwa 2

Jahre im Gefängnis zubringen. In dieser Zeit starb seine Frau nach der Geburt eines Kindes. Durch diese Prozesse wurde Peus in ganz Deutschland bekannt als Gegner des Militarismus. Schon 1893 veranstaltete er in Dessau die erste „Anti-Sedanfeier“. 1901 gründete er einen Konsumverein. Ein Jahr vorher hatte er sich um eine Spar- und Baugenossenschaft bemüht. Auf seine Initiative wird 1904 die „Arbeiterdruckerei“ in Form einer Genossenschaft neu organisiert. Als es 1910 gelingt, das bürgerliche Vergnügungsort „Tivoli“ in ein sozialdemokratisches Kulturhaus zu verwandeln, war das nur mit den gut arbeitenden Vereinen und Genossenschaften zusammen möglich. Sie bilden die „Gesellschaft Tivoli“. Sie wird Trägerin des Kulturhauses oder Volkshauses. Unter Volkshaus versteht Peus nicht „ein Saufhaus, nicht eine dem organisierten Volke gehörige Kneipe, sondern ein dem Volke gehöriges Kulturhaus. Hauptsache hat zu sein eine Anzahl von Räumlichkeiten mannigfaltiger Art, in denen die gesellschaftliche Kultur des Volkes ihren Ausdruck findet.“ Das „Tivoli“ wird zum kulturellen und politischen Zentrum der Sozialdemokratie. Die verschiedensten Vereine haben hier ihr Domizil. In dem großen Saal mit 2000 Sitzplätzen tagte z. B. der Anhaltische Heimstättentag, hier trat Adolf Damaschke in einer Großveranstaltung auf, 1923 wurde hier der anhaltische Siedlerverband gegründet. Vor allem aber fand hier Heinrich Peus sein Publikum, das ihn wie einen Volkstribun verehrte. Hier entwickelte er seine Visionen von einer gerechteren Welt und setzte seiner Partei weit vorausgedachte Ziele. Ihre Realisierung überlässt er seinen Parteifreunden, solchen Pragmatikern wie Heinrich Deist, Gustav Jeuthe, Richard Paulick und Ludwig Sinsel. Die Schwierigkeiten, die in Wirklichkeit der Verwirklichung seiner Pläne entgegenstanden, kannte Peus nicht. Aber gerade in diesen von keinem Wirklichkeitsgedanken gehemmten Propagandareden bestand der Erfolg, den er für die Arbeiterbewegung erzielte. Er trieb die Arbeiter mächtig an zur organisatorischen Gegenwartsarbeit. Um die Umsetzung seiner Pläne brauchte er sich nicht zu kümmern. Dazu war ich da...“ (H. Deist).

Bereits vor dem ersten Weltkrieg kämpfte Heinrich Peus für würdige Arbeiterwohnungen in „Siedlungshäusern im Grünen“. Lange bevor das Bauhaus seine Siedlung in Törten baute, waren schon Arbeitersiedlungen in Dessau entstanden: „Askania“ (1912), „Hohe Lache“ (1919), „An der Kienheide“ (1923) und die „Knarrbergsiedlung“ war in Vorbereitung unter Leitung einiger Schüler des Wiener Architekten Loos.

Man kann sich gut vorstellen, mit welcher Begeisterung Heinrich Peus auf den Vorschlag des Bürgermeisters Fritz Hesse, das Bauhaus nach Dessau einzuladen, reagierte. Die Ideen des Bauhauses glichen seinen eigenen Vorstellungen. Und Peus war überzeugt, dass nirgends das Umfeld so gut vorbereitet war wie in Dessau, um dem Bauhaus Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten zuzusichern. Peus soll dem Bürgermeister gesagt haben: „Wenn ihr es nicht macht, dann machen wir es!“.

Wilhelm Ostwalds wissenschaftliche Fundierung der Politik

Der 1909 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Chemiker ist seit 1887 Inhaber des Lehrstuhles für physikalische Chemie in Leipzig. Aus seinem Forschungsinstitut gehen mehr als 70 Professoren für physikalische Chemie hervor, die sich über viele Länder verbreiten. Über sein naturwissenschaftliches Fachgebiet hinaus will Ostwald eine zusammenwachsende Welt auf der Basis einer wissenschaftlichen Weltanschauung organisieren. Das Gesetz von der Erhaltung der Energie wendet er auf die Soziologie an. Die soziologische Energetik bezeichnet Ostwald als den Schlussstein seiner Lehre von der Energie. Um mehr Zeit zu haben, in diese Richtung zu denken und zu forschen, lässt sich Ostwald schon 1906 in den Ruhestand versetzen und zieht sich auf sein Landhaus „Energie“ in Groß-Bothen bei Leipzig zurück. Ostwald ist schon seit langem ein wichtiger Partner für Peus. In Fragen grundlegender Reformen stimmen sie überein.

Die wissenschaftliche Fundierung der Politik, die Ostwald fordert, will auch die Sozialdemokratie.

Auf der Pariser Weltausstellung 1900 wird die „Weltsprache Esperanto“ ins Leben gerufen. Ostwald und Peus sind schon der ersten Phase daran beteiligt und proagieren seit 1910 „Lido“ als eine Hilfssprache zu „Esperanto“. Zur neuen „Organisation der Welt“ gehört die Weltsprache, die den Verkehr zwischen den Völkern regelt und Kriege verhindert. Peus hat bis zu seinem Lebensende darunter gelitten, dass ihm seine SPD in Bezug auf die Bedeutung einer Weltsprache nicht gefolgt ist.

1910 gibt Ernst Haeckel die Leitung des Monistenbundes an Wilhelm Ostwald ab. Peus hat schon lange mit den Monisten zusammengearbeitet. 1921 findet in Dessau eine gut besuchte Monistenkonferenz statt, an der auch 10 Monistenvereine aus Anhalt teilnehmen. Ihr erster Vorsitzender ist Heinrich Peus.

Peus und Ostwald treffen sich auch in ihren Vorstellungen vom Siedlungsbau. Ostwald stellt uneigennützig in der Nähe seines Landhauses Grund und Boden für eine „monistische Siedlung“ zur Verfügung. Es ist ein Versuch des Naturphilosophen, Energetik und Bodenreform in Übereinstimmung zu bringen.

Als das Bauhaus 1925 nach Dessau kommt, wartet der alte Nobelpreisträger aus Groß-Bothen schon auf die Debatten mit den neuen Dessauer Meistern. Bei der Einweihung des Bauhauses im Dezember 1926 beginnen die Diskussionen, denen im folgenden Jahr eine ganze Vortragsreihe folgt. Ostwald versteht sich als „Grenzgänger zwischen Wissenschaft, Philosophie und Kunst“. Aus dem naturwissenschaftlichen Grundsatz von der Erhaltung der Energie leitet er den auch für das gesellschaftliche Leben gültigen Imperativ ab: „Vergeude keine Energie“.

Hugo Junkers: Erfinder – Industrieller – Weltluftverkehr

Schon 1888 kommt Hugo Junkers nach Dessau und arbeitet in der Continental-Gasgesellschaft als Ingenieur. Er entwickelt Gasmotoren, Gasbadeöfen und Gastherme und Gasherde. Seit 1909 betreibt er Forschungen zu Grundlagen des Fliegens. 1915 startet Ju 1 zum Erstflug. 1919 gründet er die „Junkers-Flugzeugwerk-AG“. Die „vergnügt am Himmel schwirrenden Junkersflugzeuge“ (Ilja Ehrenburg) sind Zeugen eines weltumspannenden Luftverkehrsnetzes.

1925, in dem Jahr, als das Bauhaus nach Dessau übersiedelte, hatte Junkers schon ein eigenes europäisches Flugnetz aufgebaut, zu dem u. a. gehören Dänemark, Schweden, Finnland, Lettland, Litauen, Estland, die Schweiz, Österreich, Ungarn, Polen, Bulgarien, Spanien, Italien, Sowjetunion. Junkers hat als erster deutscher Flugzeugkonstrukteur entdeckt, dass das Verbot der Kriegsfliegerei den Deutschen neue Möglichkeiten in der zivilen Luftfahrt eröffnet. Das entspricht auch seiner Überzeugung. Der Weltluftverkehr soll Grenzen überschreiten und Völker vor Kriegen bewahren. Peus und Ostwald mit ihrer Weltsprache und Junkers mit seinen zivilen Flugzeugen ergänzen sich gegenseitig in ihren Bemühungen um Völkerverständigung. Für die in ihrer Mehrheit sozialdemokratisch eingestellten Arbeiterschaft der Junkerswerke erklärt ein Vertreter des Betriebsrates: „Die Flugzeuge des Werkes umfliegen den Erdball. Sie tragen den Namen Junkers in die entferntesten Teile der Erde. Sie erschließen Handel und Wandel; sie wirken international für die Verständigung der Völker. Auch wir Arbeiter ringen und kämpfen um ideale Ziele, genauso, wie wir annehmen, dass sie nicht durch ihre Forschungsprodukte die Kriegsfurie stärker wollen...“ Junkers ist seinen Überzeugungen treu geblieben. Darum wurde er 1933 von Hitler enteignet und nach München verbannt. Aber schon 1927 bekam Junkers zu

spüren, dass seine humanistischen Ideen beim Reichspräsidenten nicht beliebt waren. Hindenburg weigerte sich, auf einem Empfang in Dessau Junkers zu begrüßen.

Zwischen dem Bauhaus und den Junkerswerken hat es von Anfang an gute Kontakte gegeben“. Die Verkehrswege in der Luft erheben eine neue Forderung an die Erbauer von Häusern und Städten. Auch das Bild der Bauten aus der Vogelschau, das die Menschen in früheren Zeiten nicht zu Gesicht bekamen, bewusst zu gestalten.....“ (Gropius). Als das Bauhaus nach Dessau kam, war Junkers bereits mit Forschungen über modernen Wohnungsbau beschäftigt. Mit Hilfe großer Bleche, die für Wände, Decken und Dächer Verwendung finden sollen. Das Stahlhaus in Dessau-Törten ist so ein Forschungsobjekt, das mehr in der Werkstatt von Junkers als in den Arbeitsräumen des Bauhauses entstanden ist.

Im „Kraftfeld der Moderne „drängen Konzepte zur Realisierung“

Als das Bauhaus nach Dessau kam, gab es hier bereits ein „Kraftfeld der Moderne“, in dem sich fortgeschrittene Politik-, Kultur- und Technikkonzepte versammelten, sich gegenseitig ergänzten und befruchteten und mit gemeinsamer Kraft nach einer Realisierung drängten. Auf dieses Kraftfeld in Dessau stieß 1925 das Bauhaus mit seinen eigenen Ideen und Konzepten. Das war für alle humanistischen Kräfte, die sich damals in Dessau begegneten, noch eine letzte Chance vor der Nacht, die 1933 über Deutschland hereinbrach.

Die Chancen sind genutzt worden. Es ist erstaunlich, was in den letzten Jahren der Weimarer Republik in Dessau, vor allem in den Stadtteilen Ziebigk, Siedlung und Törten noch gebaut werden konnte. Die Visionen und Konzepte, die dahinter standen, überdauern auch Kriege und Zerstörungen und sammeln sich in immer neuen Kraftfeldern, mit denen jede Generation verantwortlich umgehen sollte entsprechend dem Ostwaldschen Imperativ „Vergeude keine Energie!“.

In das Dessauer „Kraftfeld der Moderne“ waren auch noch andere Energien geflossen, die Scheffele in seinem Buch nicht erwähnt. Der berühmte Berliner Philosoph Moses Mendelssohn, ein Freund des Dichters Lessing, war in Dessau geboren, hatte in der hiesigen jüdischen Gemeinde eine rabbinische Ausbildung bekommen. Er repräsentierte ein Judentum das in Berliner Zirkeln von Gebildeten sich behaupten konnte und gleiche Bürgerrechte und Bildungschancen für Juden forderte. Bis zur Nazizeit stand ein großes Mendelssohn-Denkmal vor dem Dessauer Bahnhof. Der 1900 in Dessau geborene Kurt Weill, dessen jährliche Musikfeste in Dessau heute immer noch größeres Gewicht bekommen, stammt auch aus der hiesigen jüdischen Gemeinde, die in Dessaus Kulturgeschichte eine wichtige Rolle spielte. Auf einem der Dessauer Friedhöfe steht ein Denkmal für Wilhelm Müller, der bekannt geworden ist durch seine Texte für „Die schöne Müllerin“ und für die „Winterreise“ der aber auch in Griechenland verehrt wird, weil er den Griechen während ihres Freiheitskampfes im 19. Jahrhundert ermutigende Texte zu ihren Freiheitsliedern geschenkt hat. Und dann müssen unbedingt die Freien Religiösen Gemeinden erwähnt werden, die vor der 48-Revolution in Anhalt und in der Provinz Sachsen besonders stark verbreitet waren und ihre Abgeordneten in die Parlamente schickten. Der erste Arbeiterführer von Dessau, Friedrich Polling, gehörte mit seiner Familie zu dieser Gemeinde; und ein halbes Jahrhundert später hat Heinrich Peus in den Freien religiösen Gemeinden in Magdeburg und in Berlin Vorträge gehalten. Über diese Gemeinden fand er den Weg zur Sozialdemokratie. Peus hat immer wieder bis zu seinem Tode zum Ausdruck gebracht, „ dass er ein Christentum der Brüderlichkeit wollte, eine Gemeinschaft der Liebe und des Friedens, eine Nachfolge des Jesus der Bergpredigt. Gerade dieses

Christentum wird von der offiziellen Kirche nicht vertreten.“ An diesem „Christentum der Brüderlichkeit“ misst Peus die Parteiprogramme, auch die seiner eigenen Partei. Als er 1937 starb, versammeln sich 400 Trauergäste an seinem Grab, unter ihnen viele Sozialdemokraten und Christen. Am Sarg des scharfen Kritikers der offiziellen Staatskirche, aus der er ausgetreten war, hielt ein mutiger Pfarrer die Grabrede. Auf der Todesanzeige von Heinrich Peus war zu lesen: Gerechtigkeit forderte er, die Wahrheit suchte er, die Menschheit liebte er“. In einem seiner letzten Briefe schrieb Peus an Fritz Hesse, den von den Nationalsozialisten entlassenen Bürgermeister: „Jeden Abend finden jetzt in Deutschland kleine Versammlungen statt, in denen die Probleme der Welt zwischen einigen wenigen Menschen erörtert werden. Der Geist wandert jetzt von Mund zu Mund. Das gedruckte Wort ist in seiner Bedeutung gewaltig gesunken. Der heutigen Wirklichkeit bringe ich tiefstes Mitleid entgegen. Arme Welt! Mit Schopenhauer, Tolstoi, Albert Schweitzer und noch manchen anderen, vor allem aber mit mir selbst, trotze ich allem!“.

Adolf Reichwein (1898-1944)
Reformpädagoge – Sozialdemokrat – Widerstandskämpfer

Vieles ist an Adolf Reichwein zu bewundern und als beispielgebend zu nennen. Mich beeindruckt an ihm in besonderer Weise, zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Begründung er Mitglied der SPD geworden ist. Es war in Halle 1930. Gerade erst hatte er seine Lehrtätigkeit als Professor an der Pädagogischen Akademie in Halle an der Saale aufgenommen. Noch zwei Jahre vorher kam von ihm auf die Frage nach seinem persönlichen Verhältnis zu den sozialistischen Parteien die Antwort, er werde sich „an der Peripherie des Sozialismus als Freibeuter ansiedeln“. Als jedoch bei den Wahlen im September 1930 die NSDAP einen sensationellen Erfolg hatte, der einem politischen Erdbeben gleichkam, war es für Reichwein wie für viele andere ein Alarmzeichen. Er sah die Republik bedroht und erkannte angesichts der wachsenden Gefahr als einzige realistische Gegenkraft, die das parlamentarische System ernsthaft zu verteidigen suchte, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. So bekam Halle und damit das heutige Sachsen-Anhalt einen ihrer prominentesten Sozialdemokraten, der in die Geschichte eingegangen ist und dessen Tätigkeit bis heute nachwirkt. Er fühlte sich in besonderer Weise den aktiven, jüngeren Reformsozialisten innerhalb der Partei zugehörig und wurde in diesem Sinne auch publizistisch tätig. Noch heute lesen wir im Lexikon: „Er bemühte sich um die Verbindung von Arbeiterschaft und Intelligenz.“

Die drei Jahre in Halle gelten als Adolf Reichweins Höhepunkt in seinem Schaffen und sein Name ist in der Stadt bis heute nicht untergegangen. Es gibt das Adolf-Reichwein-Gymnasium in der Diesterwegstraße 37 und auch das SPD-Haus in der Großen Märkerstraße 6 trägt seinen Namen. Eine Tafel erinnert an sein Wirken am heutigen Thomas-Müntzer-Gymnasium in der Friedensstraße 33, dem Gebäude, indem er von 1930 bis 1933 an der Pädagogischen Akademie Halle/Saale tätig gewesen ist. Allerdings ist es bisher in Halle noch nicht dazu gekommen, eine Straße oder einen Platz nach ihm zu benennen, obwohl das in zahlreichen anderen deutschen Städten der Fall ist. Doch die AG 60 plus hat es erreicht, in der Zeit vom 15. Juni bis 23. Juli 2004 im Ratshof die umfangreiche und eindrucksvolle Wanderausstellung über ihn zu zeigen. Sie war vorher seit Jahren in zahlreichen anderen großen Städten zu sehen. Daran ist mit Freude festzustellen, dass es sich bei Adolf Reichwein um eine Persönlichkeit mit Bedeutung für ganz Deutschland handelt.

Wer mit dem Namen Adolf Reichwein und seinem Werdegang noch wenig vertraut ist, hier noch einige Lebensdaten:

- Geboren am 3. Oktober 1898 in Bad Ems als Sohn des Lehrer Karl Reichwein.
- 1904 Übersiedlung der Familie nach Ober-Rosbach, bei Friedberg in Hessen.
- Seit 1908 Teilnahme am Freizeitleben der „Wandervogelbewegung“
- Kriegsabitur am 9. Februar 1917,
- ab 1. August Kriegseinsatz an der Westfront, schwere Verwundung am 5. Dezember 1917.
- Nach dem Krieg, ab 4. Mai 1918 und ab 25. Mai 1920 Studium an den Universitäten Frankfurt/Main und Marburg/Lahn, Fächer: Geschichte, Kunstgeschichte, Germanistik, Philosophie und Nationalökonomie.
- Am 5. August 1920 Eheschließung mit Eva Hillmann – die Ehe wurde 1927 wieder geschieden.

- Studienabschluss 1921 und Promotion zum Dr. Phil. Im Februar 1923 mit dem Thema „China und Europa im 18. Jahrhundert!“.
- 1921 bis 1923 Geschäftsführer des Ausschusses der deutschen Volksbildungsvereinigungen in Berlin sowie anschließend Leiter der Abteilung Nordostdeutschland des Deutsch-amerikanischen Kinderhilfswerkes in Berlin.
- 1923 bis 1925 Geschäftsführer der überörtlichen koordinierten Volkshochschule Thüringen in Jena von 1925 bis 1929 Leiter der Volkshochschule Jena.
- 1926 bis 1927 Forschungsreise durch Nord- und Mittelamerika und Südostasien.
- 1928 zweimonatige Expedition durch Skandinavien mit 12 Jungarbeitern und Erwerb eines eigenen Sportflugzeuges.
- 1929 kurzzeitig Leiter der Pressestelle und Persönlicher Referent des preußischen Kultusministers Becker in Berlin.
- April 1930 bis August 1933 Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde an der Pädagogischen Akademie Halle/Saale.
- Eheschließung mit Rosemarie Pollak am 1. April 1933, vier Kinder.
- 24. April 1933 Entlassung aus dem Professorenamt durch das NS-Kultusministerium.
- Danach bis 1939 Leiter an der einklassigen Dorfschule in Tiefensee/Mark Brandenburg. Von dort aus zahlreiche pädagogische Arbeiten und Vortragsreisen.
- 1939 bis 1944 Leiter der Abteilung „Schule und Museum“ am Museum für deutsche Volkskunde in Berlin.
- 1940 bis 1944 Teilnahme an konspirativen Treffen des „Kreisauer Kreises“-
- 4. Juli 1944 Verhaftung und dreieinhalb Monate Haft in den Folterkellern der Gestapo.
- 20. Oktober 1944: Adolf Reichwein wird zusammen mit den sozialdemokratischen Freunden Julius Leber und Hermann Maass vom „Volksgerichtshof“ unter Freisler in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und Stunden später in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Bereits aus diesen kurzen Lebensdaten lässt sich erahnen, welch bewegtes und bewegendes Leben Adolf Reichwein hatte und wie vielfältig seine Begabungen, Interessen und Leistungen gewesen sind. Besonders eindrucksvoll für seine Umgebung und hinsichtlich seines pädagogischen Wirkens war ganz offenbar, dass er mit unbestechlicher Gradlinigkeit das einmal Erkannte und für richtig und notwendig erachtete als Richtschnur für sein gesamtes Handeln angesehen hat. Dies reichte – man kann wohl sagen zwangsläufig – bis zum Widerstand gegen das NS-Regime mit dem tragischen Ausgang. Er war ein pädagogischer Praktiker und Theoretiker gleichermaßen. Beispielsweise sollten seine Studenten in Halle die mit unbestechlicher Gradlinigkeit das einmal Erkannte und für richtig und notwendig erachtete als Richtschnur für sein gesamtes Handeln angesehen hat. Dies reichte – man kann wohl sagen zwangsläufig – bis zum Widerstand gegen das NS-Regime mit dem tragischen Ausgangs. Er war pädagogischer Praktiker und Theoretiker gleichermaßen. Beispielsweise sollten seine Studenten in Halle die Arbeitssituation der Bevölkerung kennen lernen, deren Kinder sie später unterrichten würden. Dazu führte er regelmäßige Besichtigungen in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben durch, Exkursionen und Praktika in Genossenschaften, Arbeitsämtern, Gefängnissen und Fürsorgestellen. Er schickte seine Studentinnen und Studenten auch zu Hospitationen und Praktika an die westlichen Schulen in Halle. Das waren Alternativen zu den sonst vorwiegend konfessionell ausgerichteten Schulen der damaligen Zeit. Dort wurde statt Religion das Fach Lebenskunde unterrichtet, Koedukation praktiziert, auf die Prügelstraße verzichtet, es gab Arbeitsgemeinschaften, ein Fotolabor, eine Druckerei

und Werkstätten. Auch bezog man die Eltern in den Schulalltag ein. Es gehörte in diesen Schulen zur Normalität, dass die Lehrer mit ihren Schülern gemeinsam in Landschulheimen die Ferien verbrachten. Die Vorbereitung auf die Jugendweihe gehörte ebenfalls zum Schulalltag. Für die Hallenser besonders interessant. Die Jugendweihefeiern fanden im „Volkspark“ statt.

Adolf Reichweins sozialpädagogisches Wirken ist voller eigener Ideen und Teil des allgemeinen Reformwerkes der zwanziger Jahre bis zur Zeit des Nationalsozialismus. Er war auch als Wissenschaftler und Publizist unermüdlich tätig. Sein Werk umfasst nahezu 300 Titel mit einer beeindruckenden fachlichen Breite. Die Themen reichen von der „Maisernte in Mexiko“ bis zum „Verkehrsflugzeug im Flughafen Berlin“. Auch das muss für seine Schüler und Studenten modern gewirkt haben. Er war ein begeisterter Flieger und pendelte beispielsweise wöchentlich mit seinem Sportflugzeug zwischen Berlin und Jena hin und her als er 1929 Persönlicher Referent des preußischen Kultusministers wurde, aber noch einige Monate gleichzeitig Leiter der Volkshochschule und des Jugendarbeiterheimes in Jena blieb.

Es klingt seltsam, aber die wichtigsten praktischen reformpädagogischen Jahre kamen für ihn nach der Entlassung als Professor und während seiner Tätigkeit in der brandenburgischen Dorfschule, wo er ein alternatives Schulmodell entwickelte und sich zugleich der Museumspädagogik widmete. Auf das alles kann ich hier nicht eingehen. Fachlich Interessierte finden es in den Schriften von ihm und über ihn.

Bei der Fülle seiner Kenntnisse und Erfahrungen sowie seiner Vielseitigkeit und gegenüber Neuerungen aufgeschlossene Art ist es kein Wunder, dass er im „Kreisauer Kreis“ als Kultusminister für Deutschland vorgesehen war, wenn das Hitler-Attentat und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 geglückt wären.

Und damit kommen wir zu dem Teil des Lebens von Adolf Reichwein, der geradezu notwendiger Weise zu seinem frühen und schrecklichen Tod führte: Dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Darauf besonders hinzuweisen erscheint mir deshalb so wichtig, weil sein Wirken ein Teil des bedeutenden sozialdemokratischen Widerstandes ist, der in zweierlei Hinsicht immer wieder Gefahr läuft, zu wenig ins Bewusstsein verankert zu werden. Die Kommunisten haben stets versucht, ihren Widerstand ins Zentrum zu rücken und den Widerstand anderer hinten zu lassen. In der alten Bundesrepublik wurde, wenngleich auch hier erst nach vielen Jahren oder gar Jahrzehnten, der mit dem 20. Juli 1944 verbundene Widerstand des preußischen Adels und des Militärs in den Vordergrund gestellt. Allzu leicht wird vergessen, wie viele bedeutende Sozialdemokraten und nicht nur Julius Leber, sondern eben auch Adolf Reichwein und andere, daran beteiligt waren, konzeptionelle Arbeit leisteten und am Ende mit ihrem Leben dafür bezahlen mussten. Adolf Reichwein jedenfalls schloss sich dem sogenannten „Kreisauer Kreis“ um den Grafen von Moltke an. Er traf sich auch mit Vertretern des kommunistischen Widerstandes, um die Breite der Bewegung zu vergrößern und war damit das klassische Beispiel dafür, wie Sozialdemokraten zu allen Zeiten in der Mitte der Gesellschaft tätig waren und ersuchten, möglichst viele Seiten einzubinden. Es waren insbesondere die Bemühungen auch anderer Sozialdemokraten, durch die das Netz vorhandener Widerstandszellen unter alten Sozialisten und Gewerkschaftern verdichtet werden sollte, um den Militärputsch auf breiter Basis von unten unterstützen zu können. Freilich ist es dabei nie zu einer breiten Volksbewegung gekommen.

Über seine Zeit nach der Verhaftung durch die Gestapo gibt es erschütternde Berichte über schwere Misshandlungen, aber auch seine Standhaftigkeit im Prozess und seinen

Abschiedsbrief an die Familie aus der Todeszelle des Gefängnisses in Berlin-Plötzensee. Während der Sozialdemokrat Julius Leber bis zu seiner Hinrichtung am 5. Januar 1945 weiteren qualvollen Verhören unterzogen wurde, sind Adolf Reichwein und Hermann Maass direkt zur Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee gebracht und erhängt worden. Öffentlich berichtet durfte darüber nicht werden, auch eine Todesanzeige war verboten. Die Leichen der Hingerichteten wurden verbrannt und ihre Asche auf den Riesefeldern Berlins verstreut.

Für Frau Reichwein und ihre vier Kinder begann noch im Frühjahr 1945 ein schweres Leben mit Flucht, vielen Aufenthaltsorten und mit einer minimalen finanziellen Überbrückungshilfe. Und auch das gehört zur historischen Wahrheit: Während viele Nazis ihre Karriere unbehelligt fortsetzen konnten und deren Hinterbliebene bereits sicher mit Renten versorgt waren, musste die Familie Reichwein volle zehn Jahre warten, ehe sie die Anerkennung der Pension für Mann und Familienvater und die „Entschädigung für Schaden am Leben“ erhält.

Was bleibt nun für uns von Adolf Reichwein? Erinnerung an ein beispielhaftes Leben nachzulesen in zahlreichen Veröffentlichungen und weiterführender Literatur. Besonders hervorzuheben: die Veröffentlichung von Ulrich Amlung... In der Entscheidung gibt es keine Umwege“ – Adolf Reichwein 1998 – 1944 Reformpädagoge, Sozialist, Widerstandskämpfer, Schüren-Verlag. Es gibt ein Adolf-Reichwein-Archiv in Marburg und zahlreiche Veröffentlichungen von Adolf Reichwein selbst. Etwa 30 Schulen in Deutschland tragen seinen Namen, die bereits erwähnte Reichwein-Ausstellung ist in Deutschland ständig unterwegs. Alles das erinnert an einen bedeutenden Sozialdemokraten, dessen Wirken auch in Sachsen-Anhalt nicht vergessen wird.

Helmut Hartmann, Dessau

**Woran sich Karl Elze,
wohnhaft in Dessau-Ziebigk,
erinnern kann**

Ein Beitrag zur jüngeren Geschichte der SPD in Dessau

Karl Elze ist 1921 in Berlin geboren, aber schon 1923 nach Dessau gezogen. Sein Vater, der Fotograf Emil Theis, kam 1906 bereits als Sozialdemokrat nach Dessau. In diesem Jahr hatte Dessau 1.200 zahlende SPD-Mitglieder. In den Gemeindevertretungen waren 1906 in Dessau sieben Sozialdemokraten, in Kleinkühnau zwei, in Törten vier, in Ziebigk drei. Mit neun Jahren trat Karl Elze 1930 in die Kinder- und Jugendorganisation „Rote Falken“ ein. Jede Woche traf man sich zum Heimabend in der Jugendherberge in der Kienheide. Es wurde gespielt, gebastelt, Theater gespielt. Ausflüge und Ferienlager wurden vorbereitet. Mit Szenen aus Kästners „Emil und die Detektive“ traten die Roten Falken in der Öffentlichkeit auf. Größere Treffen von Rote-Falken-Gruppen gab es in Spitzberg, nördlich von Rosslau. An das Ferienlager in Blankensee bei Lübeck im Jahr 1932 kann sich Karl Elze noch gut erinnern. Als er nach Dessau zurückkam erfuhr er von der Ermordung des SPD-Funktionärs Wilhelm Feuerherdt in der Kornhausstraße, ganz in der Nähe von Karl Elzes Wohnung.

Zu den Roten Falken gehörten vor allem Arbeiterkinder. Aber auch einige Kinder von jüdischen Intellektuellen, z. B. Eva Blumental, Tochter eines jüdischen Arztes, waren Mitglieder der SPD-Jugend. Von Eva Blumental hat Karl Elze zum ersten Mal von der Bedrohung der Jugend durch Nationalsozialisten etwas gehört, und zwar vor Hitlers Machtergreifung. Nicht wenige SPD-Mitglieder wurden in der Nazizeit laufend von der Gestapo überwacht. Z. B. Ludwig Sinsel, der manchmal in der Dunkelkammer des Fotografen Emil Theis für ein paar Stunden untertauchte, um seinen ständigen Begleiter abzuschütteln.

Das Elternhaus in der Brunnenstraße wurde selbstverständlich beobachtet. Der Ortsgruppenführer verwarnte immer wieder Emil Theis und drohte mit bösen Folgen, wenn er es wagen würde, illegale Versammlungen durchzuführen. Nach 1933 wurde Karl Elze von seinem Vater unterstützt, als er sich weigerte, Mitglied der Hitlerjugend zu werden. Als es 1935 darum ging, dass Karl noch zwei Jahre die Handelsschule besuchen sollte, haben Freunde den Eltern geraten, dass Karl nun doch in die HJ eintreten soll, aber in die Musikgruppe. Als Flötenspieler hätte er da gute Chancen und wäre dem Druck einer politischen Schulung nicht so ausgesetzt. Das hat sich dann auch so bestätigt. Karl Elze erlernte den Beruf seines Vaters und wurde Fotograf. 1941 wurde er Soldat. Bis zum Ende des Krieges war er im Nachrichtenwesen tätig. Im Mai 1945 kehrte er bereits nach Ziebigk zurück.

Schon am 14. September 1945 wurde er Mitglied der SPD. Sein Mitgliedsausweis trägt die Nummer 1963. Kann man daraus folgern, dass bereits in den ersten drei Monaten in Dessau schon 1693 Frauen und Männer in die SPD eingetreten waren? Der Mitgliedsausweis ist von Fritz Jungmann unterschrieben. In diesem Ausweis sind für 1946 zwölf Beitragsmarken eingeklebt, die ersten sechs Marken unter dem Namen SPD, die anderen sechs Marken unter dem Namen SED. Nach Karls Aussagen ist die Vereinigung von KPD und SPD zur SED in Dessau völlig unspektakulär verlaufen, ohne große Veranstaltungen und Diskussionen. Die SPD-Mitglieder fühlten sich überrumpelt und versuchten z. T. möglichst schnell aus der SED auszutreten. Karl Elze hat nach der

Parteienvereinigung nicht mehr an den Versammlungen der Ortsgruppe Ziebigk teilgenommen. Er wurde deswegen immer wieder verwarnt. Am 18. Dezember 1948 erhält Karl Elze eine Vorladung vom Parteiaktiv der Ortsgruppe Dessau-Ziebigk:

„Die Partei der Werktätigen, die SED, der Sie als Mitglied angehören, vermisst Ihr Interesse und Ihre Teilnahme am Leben der Partei. In überprüften Anwesenheitslisten fehlt oft ihr Name, obwohl Sie zu den Veranstaltungen der Partei eingeladen waren. Der Wunsch zu wissen, ob Sie die erwähnten Einladungen erreicht haben, ob Sie am Erscheinen auch tatsächlich verhindert waren, ob Ihr Interesse nicht mehr den Interessen der Partei der Werktätigen entspricht dürfte somit begründet sein. Die Partei hat Verständnis für begründete und berechtigte Einwendungen, sie hat aber auch die Pflicht, die Beschlüsse durchzuführen, die im Interesse der Partei und ihrer Mitglieder liegen. Es ist notwendig zu wissen, ob der Faden, der uns mit dem Parteistatut und den Interessen der Werktätigen verbindet, noch intakt ist oder nicht. Zu diesem Zweck sprechen wir Sie an und bitten Sie dringend wie auch höflich, am Mittwoch, d. 29.12.48 um 17.45 zu einer persönlichen Aussprache mit dem Parteiaktiv im Gemeindehaus Dessau-Ziebigk, Brunnenstr. 13, Zimmer 3 zu erscheinen. Wir hoffen, dass Sie die Zeichen der Zeit verstehen. Ihr Mitgliedsbuch wollen Sie bitte mitbringen.“ Der Brief ist unterschrieben mit dem Namen „Langklotz“.

Was ist mit den „Zeichen der Zeit“ gemeint? Im Juli 1948 hatte Ulbricht die „Partei des neuen Typus“ ausgerufen. Mit dem „deutschen Weg“ wie er von dem Kommunisten Ackermann und dem Sozialdemokraten Griffke vertreten wurde, war es nun endgültig vorbei. Von den zwei Millionen Mitgliedern der SED stammt damals der größere Teil aus der SPD. Der Einfluss der Sozialdemokraten musste zurückgedrängt werden. Griffke, der Stellvertreter Grotewohls, floh im Oktober 1948 nach Westdeutschland. Es war die Zeit, als Tito in Jugoslawien seinen eigenen Weg begann. In der SED war jetzt die „Säuberung der Partei“ dran.

Karl Elze erhielt weitere Ermahnungen und Vorladungen. Im Sommer 1950 erklärt er seinen Parteiaustritt mit der Begründung: „zu knappe Freizeit durch die starke Inanspruchnahme in meinem Beruf“. Das war natürlich ein vorgeschobener Grund. Ein so überzeugter Sozialdemokrat wie Karl Elze konnte sich in der SED nicht wohlfühlen. So empfand auch ein anderer Ziebigker Sozialdemokrat, der Pädagoge Erich Hoffmann. Die Nazis hatten ihn als Lehrer entlassen. Er war ständig von der Gestapo überwacht worden. Nach 1945 wurde er wieder in den Schuldienst gerufen. Er erhält als Schulrat eine besonders verantwortliche Aufgabe. Aber er kann bald die neue Schulpolitik nicht mehr verantworten und setzt sich nach Westdeutschland ab.

Im Herbst 1989 nimmt Karl Elze zunächst an den Veranstaltungen des Neuen Forum in der Ziebigker Kirche teil. Als er von der Gründung der SDP im Pfarrhaus Törten hört, ist er sofort bereit, in dieser Partei sich zu engagieren. Bei der Gründung der SPD-Ortsgruppe Ziebigk im Januar 1990 in der Schule durch die Sozialdemokraten Otto, Sachse und Ansbach ist Karl Elze dabei.

1995 erhielt Karl Elze die goldene Parteinadel. Er war 50 Jahre Mitglied der SPD.

(Das Gespräch mit Karl Elze führte im Herbst 2002 Helmut Hartmann.)